

# CDUinform

Magazin der CDU im Rheinisch-Bergischen Kreis



## Neue Weichenstellungen für die Mobilität im Kreis

Mobilitätskonzept mit konkreten Einzelmaßnahmen beschlossen

**Aktuelles:**  
**Die Antwort auf Paris:**  
**Wehrhafte Demokratie!**  
**Kommunal финанzen:**  
**Ungleichgewichtung klar belegbar!**



**Schaffen wir das?**  
**Wir schaffen das!**

Wolfgang Bosbach zum Thema Asyl



**Das Ende der Mitglieder/-innen**

Holger Müller fragte mal nach



**Gegen Terror in Europa gibt es nur ein Prinzip**

Herbert Reul ruft zum Handeln auf

## IMRESSUM

### Herausgeber:

Christlich Demokratische Union  
(CDU) Rheinisch-Bergischer Kreis  
Am Stadion 18-24  
51465 Bergisch Gladbach

Telefon: (0 22 02) 9 36 95-0

Telefax: (0 22 02) 9 36 95-22

E-Mail: [redaktion@cduinform.de](mailto:redaktion@cduinform.de)

Web: [www.cduinform.de](http://www.cduinform.de) und [www.cdurkb.de](http://www.cdurkb.de)

Redaktion: Thomas Frank (tf/V.i.S.d.P.),  
Lennart Höring (lh/Layout),  
Uwe Pakendorf (up/Redaktionsleitung)

Weitere Autoren: Wolfgang Bosbach, Rainer Deppe,  
Doro Dietsch (dd), Diego Faßnacht (df), Birgit Fort  
(bf), Janina Ganzer-Hensel (ngh), Christian Klicki (ck),  
Wilhelm Laufenberg (wl), Holger Müller, Herbert Reul,  
Vera Rilke-Haerst (rh), Randolph Schmidt (rs), Maurice  
Winter (mw),

Satz/Layout: Lennart Höring

Titelbild: Uwe Pakendorf

Druck/Versand: Heider Druck GmbH,  
Paffrather Straße 102-116, 51465 Bergisch Gladbach

Anzeigen: Thomas Frank

Auflage: 5.000 Exemplare

Nächster Redaktions- und Anzeigenschluss:  
19. Februar 2016

Bezugspreis: ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.  
Einzelpreis 0,80 € inkl. MwSt

ISSN: 2193-3960 (Print)



PEFC zertifiziert

Das verwendete Papier stammt aus nachhaltig  
bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten  
Quellen.

[www.pefc.de](http://www.pefc.de)

### Die CDU in sozialen Netzwerken:

[f /cdurkb](https://www.facebook.com/cdurkb) [@cdurkb](https://twitter.com/cdurkb) [YouTube /cdurkb](https://www.youtube.com/channel/UC...)

.....Anzeige .....

### Treffpunkt im Herzen der Stadt



Bürgerhaus  
Bergischer Löwe

- \* Schauspiel & Komödie
- \* Operette & Konzert
- \* Kindertheater & Musicals
- \* Märkte & Messen
- \* Seminare & Tagungen

### Vorverkaufsstelle für KölnTicket

Theaterkasse Bergischer Löwe

Öffnungszeiten: Di – Fr 10 – 18 Uhr / Sa 10 – 13 Uhr

Tel: 02202 / 38 999 Fax: 02202 / 294655

[theaterkasse@bergischerloewe.de](mailto:theaterkasse@bergischerloewe.de)

[www.bergischerloewe.de](http://www.bergischerloewe.de)



## 08 | Integrierte Verkehrsstrategie für den Rheinisch-Bergischen Kreis Kreistagsfraktionen von CDU und Bündnis90/Die Grünen stellen Mobilitätskonzept vor

Uwe Pakendorf

### Kolumne

#### 03 | Was bedeutet Integration?

Rainer Deppe

### Aktuelles

#### 04 | Der Terror von Paris - Weckruf

Uwe Pakendorf

### News und Namen

#### 06 | Wir trauern...

um drei große Christdemokraten

#### 06 | IHK zu Gast im Kreisvorstand

Dr. Ulrich S. Soenius berichtete

#### 06 | Freifunk im CDU-Center

Freifunk-Initiative im Kreisvorstand

#### 07 | Neuer Bezirksvorstand gewählt

Reul und Pakendorf wiedergewählt

#### 07 | Schülerpraktikum

Frederic Brass zwei Wochen im CDU-Center

#### 07 | Zwei CDUler im DRK-Vorstand

Schmidt und Pakendorf gewählt

#### 07 | Ruhestand nach 21 Jahren CDU

Inga Gottschalk verabschiedet

#### 07 | Frohe Weihnachten

CDU-Center macht Weihnachtspause

### Kreistag

#### 12 | Kreisangehörige Kommunen sind Verlierer in NRW

Rainer Deppe

#### 13 | Kreis unterstützt Kommunen mit Investitionsförderungspaket

Holger Müller

### Parlamente

#### 15 | Digitales Kompetenzzentrum zur Terrorbekämpfung in NRW gefordert

Rainer Deppe

#### 15 | Das Ende der Mitglieder/-innen

Holger Müller

#### 16 | Gegen den Terror gibt es nur ein Prinzip: Handeln

Herbert Reul

#### 17 | Wir schaffen das! Schaffen wir das?

Wolfgang Bosbach

### Union News

#### 16 | JU fordert besseren ÖPNV

JU interkommunal

#### 17 | Tag der Deutschen Einheit

Senioren-Union Rheinisch-Bergischer Kreis

#### 18 | Bürgerumfrage zum Haushalt

CDU Bergisch Gladbach

#### 18 | Schnelle Stadtentwicklung

CDU Leichlingen

#### 19 | Vergangenheit kennen, Gegenwart gestalten

CDU Wermelskirchen

#### 19 | Die Welt des Tees

Frauen-Union Leichlingen

#### 19 | Denkwerkstätten gegründet

CDU Wermelskirchen

#### 19 | Gänseessen

CDU Dabringhausen

#### 20 | Von Kind zu Kind gebacken

Frauen-Union Leichlingen

#### 20 | Neu aufgestellt

Frauen-Union Rösrath

#### 21 | Rollen spielen die Haupt-Rolle

MIT Rheinisch-Bergischer Kreis

#### 21 | Verböserungsverbot

MIT Rheinisch-Bergischer Kreis

#### 22 | Wahlen & Schloss-Burger-Gespräch

EAK Rhein-Berg und Bergisches Land

#### 22 | Axel Becker beim Mittwochstreff

Senioren-Union Bergisch Gladbach

#### 23 | CDU dankt Jubilaren

CDU Rheinisch-Bergischer Kreis

### Rubriken

#### 02 | Inhalt / Impressum

#### 14 | Termine



## Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde,

jetzt sind sie hier, geschätzt eine Million Flüchtlinge allein in diesem Jahr. Solange die Verhältnisse in den Krisenländern und den Flüchtlingslagern so unerträglich und perspektivlos bleiben, wie sie sind, tun wir gut daran, uns darauf einzustellen, diesen Menschen eine Zuflucht wenigstens auf Zeit zu geben. Es sind Menschen, die alles hinter sich gelassen, Wucherpreise an die Schleppermafia gezahlt und auf der Flucht unbeschreibliche Risiken und Gefahren auf sich genommen haben – Gefahren, die unsreiner nie und niemals eingehen würde.

Nach der bewundernswerten ersten Hilfe, die Kommunen, Hilfsorganisationen und eine nie zu erwartende Zahl von Freiwilligen seit Monaten großartig leisten, beginnt jetzt die Phase, in der es um mehr geht, als ein Sporthallendach über dem Kopf, saubere Wäsche und ausreichende Verpflegung. Neben dem Erlernen der deutschen Sprache werden die Zuwanderer die Art unseres Zusammenlebens zunächst kennen lernen und sie dann hoffentlich immer besser verstehen. Integration bedeutet aber mehr: die Regeln akzeptieren, unsere Gesellschaft bejahen, sich einfügen und einleben.

Erste Überlegungen, Zuwanderer, die dauerhaft bleiben dürfen und wollen, durch so etwas wie einen Vertrag zu verpflichten, unsere Regeln und Werte einzuhalten, stoßen auf spontane Zustimmung. Aber wissen wir, welche Regeln? Sind wir Einheimischen uns eigentlich einig, welche Werte für uns, geschweige denn für Neuankömmlinge, gelten sollen?

Die Beachtung des Grundgesetzes und der Gesetze – da sind wir uns einig, dass dies wichtig ist. Einig sind wir auch in der Ablehnung von Gewalt. Obwohl Polizisten und Rettungskräfte, die immer stärker Übergriffen ausgesetzt sind, inzwischen Zweifel bekommen, ob alle politisch Verantwortlichen das auch so sehen. Die Gleichberechtigung von Mann und Frau ist zweifellos wichtig, genauso wie die freie Wahl der Ehepartner und die staatlichen Gerichte als letzte, Recht sprechende Gewalt. Gelten diese Regeln allerdings wirklich in allen Lebensbereichen und für jeden von uns? Ist dies jedem hier in unserem Land immer wichtig? Oder nur, wenn wir uns selbst betroffen fühlen?

Was noch? Die in der Welt so oft genannten deutschen Tugenden wie Fleiß, Pünktlichkeit, Ehrlichkeit, Sauberkeit? Die freie Meinungsäußerung sicher ja! Und wer entscheidet, was politisch korrekt ist und was



nicht gesagt werden darf? Beleidigungen gehen gar nicht. Aber in der Politik vielleicht doch? Auch in der Fankurve?

Jeder soll sein Gesicht zeigen. Also kein Verstecken unter einer Burka. Aber auch bei Demonstrationen oder auf dem Motorrad? Im Internet aber doch nicht? Manch einer vollbringt seine ganz persönliche Heldentat, unter einem Tarnnamen zu mobben sowie Falschmeldungen und Beleidigungen zu posten.

Wir trennen unseren Müll. Wir werfen keinen Müll auf die Straße. Auch keine Kippen und Kaugummis? Fast-Food-Tüten fliegen doch nur aus Versehen durch den Fahrtwind aus dem Auto.

Wer die Zahl der gerichtlichen Auseinandersetzungen über das Geläut von Kirchenglocken zählt, weiß, dass dies in Deutschland überhaupt nicht mehr unstrittig ist.

Diese kleinen Alltagsbeispiele mögen zeigen, dass über die gemeinsamen Regeln und Werte unserer Gesellschaft keineswegs ein allgemeiner Konsens herrscht. Was ist eigentlich unsere Leitkultur, an der wir uns alle, egal ob einheimisch oder zugewandert, orientieren können?

Diese zu definieren und mit Inhalt zu füllen, ist meines Erachtens eine der wichtigsten Aufgaben, die unser Land in der nahen Zukunft leisten muss. Wie sonst soll sich jemand mit Deutschland identifizieren, wenn

wir selbst noch nicht einmal wissen, was unser Land ausmacht?

Wer wenn nicht wir, die Christlich Demokratische Union, wäre prädestiniert, die Leitkultur mit verbindenden Inhalten statt mit oberflächlicher Belieblichkeit zu füllen? Ich denke, zusammen können wir das! Die ruhigeren Tage „zwischen den Jahren“ bieten vielleicht Gelegenheit, darüber nachzudenken und die Gedanken einmal zu Papier zu bringen. Über Ihre Meinungen würde ich mich sehr freuen. Denn wir brauchen eine Diskussion darüber, was den Kern unserer Gesellschaft ausmacht!

Bis dahin wünsche ich uns allen ein friedliches und gesegnetes Weihnachtsfest.

*Herliche Grüße  
u. Rainer Deppe*



**Rainer Deppe**  
ist Kreisvorsitzender der  
CDU und Landtagsabgeordneter im Rheinisch-Bergischen Kreis



## Der Terror von Paris muss zu einem Weckruf der Vernunft und der wehrhaften Demokratie werden!

**130** Menschenleben sind bei den Anschlägen von Paris, an diesem unvergesslichen 13. November 2015 unwiderruflich ausgelöscht worden. Der öffentliche und mediale Aufschrei war immens. Die Reaktion der französischen Regierung kam prompt, nachdem kein Zweifel daran bestand, dass der Islamische Staat hinter den Anschlägen steckt. Frankreichs Staatsoberhaupt François Hollande sagt es: Sein Land sei mit „Krieg konfrontiert.“ Bundespräsident Joachim Gauck stimmt zu, nur graduell anders: „Wir leben in

### Die Sequenz aus „Charlie Hebdo“ und den Anschlägen vom 13. November sind psychologisch das europäische Nine Eleven

Zeiten, in denen wir Opfer einer neuen Art von Krieg beklagen.“ Selbst Papst Franziskus sieht die Anschläge von Paris als „Teil“ eines „Dritten Weltkriegs“. So sahen die Reaktionen und Betroffenheitsbekundungen kurz nach den Anschlägen aus.

Und jetzt? Ein neuer, verstärkter Militäreinsatz gegen den IS läuft seitdem an – auch mit deutscher Beteiligung. Sechs Aufklärungstornados und ein Tankflugzeug der Luftwaffe sowie eine Fregatte zum Schutz des franzö-

sischen Flugzeugträgers Charles de Gaulles wurden abkommandiert. Ein Schritt der wichtig ist als Zeichen der Solidarität und des Beistands – trotzdem eine Maßnahme symbolischer Natur im Hinblick auf das Engagement vergleichbarer westlicher Staaten. Aber so funktioniert sie, die Politik in Deutschland und in weiten Teilen Europas.

Zwischenzeitlich sind die Toten beerdigt und es kehrt langsam das gewohnte politische Treiben auf der deutschen Politik- und Medienbühne ein. Gefühl gewinnt mit jedem

Tag die linken politischen Meinungsfraktionen stärker die mediale Oberhand. Schon wird wieder mehr über den Sinn von Militäreinsätzen gesprochen als über deren Notwendigkeit. Auch verstärkte terroristische Aufklärungsbemühungen des Staates werden wieder stärker unter Datenschutzgesichtspunkten diskutiert, statt diese als eine Maßnahme zur Verhinderung weiterer Anschläge zu sehen.

Dabei gäbe es durchaus Grund, die Sequenz aus „Charlie Hebdo“ und den Anschlägen vom 13. November zumindest psychologisch als das europäische Nine Eleven anzusehen.

Der Kern ist getroffen worden. Der Staat. Die Ordnung. Die Sicherheit. Die Zuversicht, dass der Staat alles unter Kontrolle hat. Und genau das war die Zielrichtung der Attentäter: Angst und Misstrauen säen gegenüber den staatlichen Institutionen, gegenüber der freiheitlichen Lebensweise, der Demokratie an sich. Die Aussage ist klar: Die Salven der Kalaschnikows, die Detonationen der Sprengkörper sind stärker als jede Vernunft. Die westlichen Demokratien stehen vor der schicksalhaften Frage: Wie wollen wir unsere Freiheit verteidigen?

Erst die Flüchtlingskrise und die Art und Weise wie sie medial diskutiert wird und nun die Terroranschläge von Paris sind die Brandbeschleuniger eines Meinungskampfes, der seit Langem schwelt. Brauchen wir eine Demokratie, die weltoffen und flexibel ist, sich jeder neuen Situation anpasst oder brauchen wir eine wehrhafte Demokratie, die feindlich gesonnenen Veränderungsversuchen widerstehen kann? Beim Blick über den Horizont des „heilen“ Europas wird niemand umhin kommen festzustellen, dass die autoritär geführten Regime häufig viril und entschlossen geführt werden. Russen, Chinesen und die meisten islamischen Staaten wissen, was sie wollen

und setzen ihre Ziele auch durch. Die meisten demokratischen Staaten suchen den Dialog, den Kompromiss und vor allem den Applaus bei der eigenen Bevölkerung. Während bei uns ein angebotener Kompromiss als moralische Verpflichtung für die gegnerische Seite empfunden wird, ebenfalls Zugeständnisse zu machen, empfinden muslimische Extremisten Kompromisse als Zeichen der Schwäche – gar als Ermunterung.

Die Konsequenz dieser Politik ist Tatenlosigkeit in Syrien, Abwarten im Iran und Wegschauen in weiten Teilen Nordafrikas. Diese offensichtlich gescheiterte Außenpolitik hat die Millionen Flüchtlinge erst verursacht.

Demgegenüber steht in Deutschland eine vermeintliche Willkommenskultur ohne Konzept.

Die Fakten der Flüchtlingswelle, die sicherlich auch zu Teilen eine Einwanderungswelle darstellt, lassen jeden Menschen, dem der Verstand nicht abhanden gekommen ist erkennen, dass es so nicht weitergehen kann. Um es klar zu sagen, jeder Mensch, der einen ernsthaften Asylgrund hat, muss in der Europäischen Union und auch in Deutschland eine Heimstatt, wenn nicht gar ein neues Zuhause finden können. Eine wirkliche Integration, die ihren Namen verdient, kann unter den bisherigen Strukturen in unserem Land nicht gestemmt werden – auch nicht von der potentesten und aufnahmewilligsten deutschen Gesellschaft – ohne tiefe Verwerfungen zu hinterlassen.

Wenn jetzt allerdings der Mordanschlag von Paris zum Beleg für die Grenzen der Integration benutzt wird, droht eine Enthemmung rechter und linker Rassisten und Extremisten. Die schrankenlose Weltoffenheit von heute ist nur

### **Wenn die Anschläge von Paris zu einem Weckruf für eine Politik der Stärke werden, dann kann aus dem Schrecken etwas Gutes werden**

die Vorhut einer erneuten Welle hässlichster Fremdenfeindlichkeit. Die Antwort kann nur eine Politik der Stärke, der entschiedenen und selbstbewussten Verteidigung von Rechtsstaat, Demokratie, Religionsfreiheit, Marktwirtschaft und Menschenrechten sein. Doch

genau von dieser Stärke ist insbesondere in Deutschland wenig zu spüren.

Die Botschaft von Paris ist: Wir müssen unsere demokratischen Grundsätze mit allen rechtsstaatlichen Mitteln verteidigen. Dazu gehört einerseits Abwägungsfragen der Datensicherheit nicht immer nur einseitig zugunsten jedes individuellen Rechtsschutzes mit Absolutheitsanspruch zu beantworten. Aber auch in der Einwanderungsfrage

### **Die offensichtlich gescheiterte Außenpolitik hat die Millionen Flüchtlinge erst verursacht**

Bei Steven Spielberg ist man sich nie ganz sicher, ob die Geschichten, die er auf die Leinwand bringt, nur durch Zufall eine besondere Aktualität besitzen. Der aktuelle Film „Bridge of Spies“ zeigt in der Hauptrolle den Rechtsanwalt James B. Donovan, der als Verteidiger des sowjetischen Spions Rudolf

Abel gegen einen Richter kämpft,

der sich auf übergeordnete Interessen beruft, und so mitten im Kalten Krieg den Rechtsstaat mit Füßen tritt. Donovan widersteht dem Druck der Geheimdienste

und siegt, indem er die Regeln der Verfassung über die gute Absicht stellt, durch Rechtsbruch einen Atomkrieg zu verhindern. Am Ende rettet er bei einem Agentenaustausch auf der Glienicker Brücke das Leben von drei Menschen und letztendlich die Ordnung der freien Gesellschaft.

Einfache Lösungen findet man nur mit Hass und Bomben. Gute und nachhaltige Lösungen nur durch das

Einhalten von Regeln, wenn auch strenger Regeln, die klar auf rechtsstaatlichen Prinzipien beruhen. Wenn die Anschläge von Paris, die Angriffe im Herzen Europas, zu einem Weckruf werden für eine Politik der Stärke und Einigkeit, des wehrhaften Stolzes auf die Aufklärung, des Rechtsstaats und der Menschenrechte einschließlich deren wehrhafter Verteidigung – dann kann aus dem Schrecken etwas Gutes werden. Dann wird unsere Gesellschaft diejenigen anziehen, die zu uns kommen, weil sie ebenfalls diese Werte leben und verteidigen wollen. ■



ge braucht es gesetzliche Regelungen, die auch im behördlichen Alltag durchexerziert werden. Regelungen, die zwar jedem Flüchtling aus Kriegsgebieten und existentieller Not weiterhin Asyl gewähren,

aber Wirtschaftsflüchtlinge und Einwanderer aus sicheren Drittstaaten konsequent abweist, wenn sie nicht wie in den USA einen Greencard-Antrag stellen. Dazu gehört auch die konsequente Ausweisung derjenigen, die die Regeln unseres Rechtsstaates missachten. Was jedoch noch wichtiger ist: eine wirklich gemeinsame europäische Sicherheits- und



**Uwe Pakendorf**  
ist stellv. Kreisvorsitzender,  
CDUinform-Redaktionsleiter,  
Vorsitzender der CDU Rösraht  
und Kreistagsabgeordneter

CDU und Senioren Union im Rheinisch-Bergischen Kreis nehmen mit großer Trauer Abschied von ihrem Freund und Weggefährten

### Gerhard Braun

Träger des großen Verdienstkreuzes des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland

der nach einem erfüllten Leben im Alter von 91 Jahren verstorben ist.

Gerhard Braun war von 1972 bis 1987 Mitglied des Deutschen Bundestages. Im Jahr 1988 wurde er zum ersten Bundesvorsitzenden der Senioren Union gewählt. Gerhard Braun hat sich in ganz besonderer Weise um die Christlich Demokratische Union, die Senioren Union und unser Vaterland verdient gemacht.

Wir werden ihm ein ehrendes Gedenken bewahren.

Der Ehrenvorsitzende der CDU Leichlingen, Leichlingens Bürgermeister a.D. und unser ehemaliger Kreistagskollege Karl Reul ist im Alter von 92 Jahren verstorben.

Wir trauern um einen außergewöhnlichen Menschen, der unsere Partei geprägt hat wie kein Anderer und zu den herausragenden Persönlichkeiten in der Geschichte der Stadt Leichlingen zählt.

Karl Reul lebte seit 1945 in Leichlingen, war von 1957 bis 1999 Mitglied des Stadtrats, von 1975 bis 1994 Bürgermeister und von 1961 bis 1975 Kreistagsmitglied im Rhein-Wupper-Kreis, von 1975 bis 2004 dann im neuen Rheinisch-Bergischen Kreis.

Wir verlieren mit ihm einen bis zuletzt hoch engagierten Parteifreund und großartigen Menschen.

Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Wir trauern um

## Wilhelm Heider

Träger des Ehrenrings des Rheinisch-Bergischen Kreises

\* 08. Februar 1931

† 12. Oktober 2015

Wilhelm (Willi) Heider leitete die Geschicke der CDU-Kreistagsfraktion als erster Fraktionsvorsitzender nach der kommunalen Neugliederung von 1975 bis zu seinem Ausscheiden aus dem Kreistag 1979. Von 1956 bis 1969 war er bereits als Sachkundiger Bürger im Bereich der Sozial- und Jugendpolitik aktiv, bis er 1969 erstmalig in den Kreistag gewählt wurde und die CDU-Fraktion im Kreisausschuss, im Personalausschuss sowie Rechnungsprüfungsausschuss vertrat.

Insbesondere war Willi Heider an der Umsetzung des Neugliederungsprozesses beteiligt und hat das Gesicht des heutigen Rheinisch-Bergischen Kreises maßgeblich mitgeprägt.

Willi Heider hat seine Aufgaben mit viel persönlichem Engagement und hoher Verantwortung wahrgenommen. Die CDU-Kreistagsfraktion ist ihm zu großem Dank verpflichtet.

Unser Mitgefühl gehört seinen Angehörigen.

Holger Müller MdL  
Vorsitzender der  
der CDU-Kreistagsfraktion

## IHK zu Gast im Kreisvorstand

In der Dezembersitzung des erweiterten Kreisvorstands informierten sich die Mitglieder aus erster Hand über die Konjunkturaussichten und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Rheinisch-Bergischen Kreis. Dr. Ulrich Soénius, stellvertretender Hauptgeschäftsführer der IHK zu Köln war zu Gast und referierte in einem interessanten Vortrag über die aus der Wirtschaft dringlichsten Themen, die anzupacken seien: 1. Breitbandversorgung, 2. Verkehr, 3. Qualifizierte Mitarbeiter. Die Zukunftserwartungen der RBK-Unternehmen seien vergleichsweise positiv, trotz verschiedener Unwägbarkeiten im Exportgeschäft. Im Anschluss an den Vortrag informierte sich der Kreisvorstand außerdem über die integrierte Verkehrsstrategie für den Rheinisch-Bergischen Kreis, die vonseiten der CDU-Kreistagsfraktion und den Grünen erarbeitet und in den Kreistag eingebracht wurde. (tf)

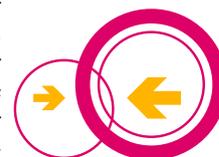


stellv. IHK-Hauptgeschäftsführer Dr. Ulrich Soenius (unten 2. v.l.) informierte über die Wirtschaftslage im Kreis und diskutierte mit den Mitgliedern des Kreisvorstandes.

## Freifunk bei der Kreis-CDU

In seiner November-Sitzung hat sich der CDU-Kreisvorstand mit den technischen, rechtlichen und praktischen Aspekten der Freifunk-Initiative befasst. Freifunk ist die Möglichkeit, jedem Bürger, der sich in der Nähe eines Freifunk-WLAN-Netzwerks befindet, einen kostenfreien Zugang zum Netzwerk zu ermöglichen. Um Teil des Netzwerks zu werden, muss lediglich ein spezieller WLAN-Router an einem geeigneten Ort aufgestellt werden. Außerdem ist es möglich, das eigene Internet mit anderen zu teilen, indem es um einen freifunkfähigen WLAN-Router erweitert wird. Die „Freifunker“, die bei der Installation und Programmierung behilflich sind, arbeiten alle ehrenamtlich und uneigennützig in Eigenregie.

Die Chancen, die sich durch den Einsatz der Freifunk-Technik ergeben können, sind aus Sicht der Christdemokraten vielfältig. So profitieren Kaufleute in den Innenstädten von zufriedenen Kunden, indem sie ihnen kostenlosen und unkomplizierten Zugang zum Internet bereitstellen und dies auch innerhalb von großen Gebäuden sicherstellen können. Auch Touristen, die sich per Internet über Sehenswürdigkeiten informieren wollen, kann mit geringem Aufwand kostenloses Surfen mit dem Smartphone ermöglicht werden. Auch der Einsatz in Flüchtlingsunterkünften ist unkompliziert und mit nur sehr geringen Kosten zu realisieren. CDU-Kreisvorsitzender Rainer Deppe: „Der Einsatz von Freifunk kann kostengünstig und schnell dafür sorgen, die Attraktivität unserer Innenstädte mit dem kostenlosen Zugang zum Internet zu erhöhen. Die CDU-Kreispartei unterstützt die Initiative und wird sich dafür einsetzen, das Thema auch einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen.“ Im Sitzungssaal des CDU-Centers ist inzwischen ein kostenfreies Freifunk-Netz für Gäste in Betrieb gegangen. (tf)



## Bergischer Bezirksvorstand neu gewählt

Herbert Reul, Vorsitzender der CDU/CSU-Abgeordneten im Europäischen Parlament, bleibt Vorsitzender der CDU im Bergischen Land. Der 28. Bezirksparteitag wählte ihn am 13. November 2015 mit einem Traumergebnis von 98,2% erneut an die Spitze der Dachorganisation der sieben Kreisverbände im Bergischen. Ebenfalls als Beisitzer bestätigt wurde der Rösrather Uwe Pakendorf, der sich über ein hervorragendes Stimmresultat freuen konnte. Gastredner des Bezirksparteitags war der Landes- und Fraktionsvorsitzende Armin Laschet MdL, dessen Rede mit langanhaltendem Applaus bedacht wurde (tf)



Kreisvorsitzender Rainer Deppe freut sich mit Uwe Pakendorf und Herbert Reul (Mitte) über das gute Abschneiden der Rhein-Berger im Bezirksvorstand.

## Schülerpraktikum bei der CDU absolviert

Der 15-jährige Gymnasiast Frederic Brass aus Kürten hat sein zweiwöchiges Schülerpraktikum im CDU-Center absolviert und hinter die Kulissen hauptamtlicher Parteiarbeit blicken können. Auch ein Besuch bei Rainer Deppe im Landtag in Düsseldorf stand auf dem Programm. Neben dem Verfassen von Gratulationsschreiben oder Pressemitteilungen lernte er außerdem auch Grundlagen der Parteienfinanzierung kennen. „Der Fleiß und das Interesse von Herrn Brass an unserer Arbeit waren wirklich beeindruckend und vorbildlich“, so Kreisgeschäftsführer Thomas Frank bei der Verabschiedung des aufgeweckten Praktikanten. Auch CDUinform bedankt sich bei Herrn Brass und wünscht für den Rest der Schulzeit alles Gute und viel Erfolg. (tf)



Kreisgeschäftsführer Thomas Frank mit dem Schüler Frederic Brass im CDU-Center und bei einer Stipvisite im Landtag in Düsseldorf.



## Zwei Rösrather CDUler im DRK-Vorstand

Wiedergewählt wurde unser Rösrather CDU-Mitglied Ingeborg Schmidt in ihrer Funktion als Kreisvorsitzende des Deutschen Roten Kreuzes. Ingeborg Schmidt führt den DRK als Nachfolgerin des verstorbenen ehemaligen Landrats Rolf Hahn. Neu in den Kreisvorstand gewählt wurde Uwe Pakendorf, der dort ab sofort für die Politik-Beziehungen zuständig sein wird. (lh)



DRK-Kreisvorstand mit geehrten DRK-Mitgliedern sowie dem MdL Rainer Deppe und Holger Müller, Ingeborg Schmidt und Uwe Pakendorf (beide Mitte)

## Inga Gottschalk übergibt an Susanne Burghoff

Inga Gottschalk geht zum Jahresende nach 21 Jahren in Diensten der Kreis-CDU in den verdienten Vor-Ruhestand. In ihrer Dienstzeit arbeitete sie eng mit zwei Kreisvorsitzenden und vier Kreisgeschäftsführern zusammen und war die erste Ansprechpartnerin für alle Schatzmeisterinnen und Schatzmeister der verschiedenen Gliederungen unserer Partei. Ihre Nachfolge tritt ab dem 1. Januar die gelernte Bankkauffrau Susanne Burghoff aus Wermelskirchen an, die bisher Angestellte im Wahlkreisbüro von Rainer Deppe war. Ihre Nachfolge dort wird Monique Gonzalez Solano, ebenfalls aus Wermelskirchen, antreten. CDUinform und die gesamte Kreispartei danken Inga Gottschalk für die immer vertrauensvolle, kompetente und sympathische Zusammenarbeit. Wir wünschen alles erdenklich Gute, viel Glück und Gottes Segen für den nun beginnenden neuen Lebensabschnitt. (tf)



## Das Team des CDU-Centers wünscht schöne Weihnachten und ein gutes Jahr 2016!

Die CDU-Geschäftsstelle bleibt über die Weihnachtsfeiertage vom **23. bis 31. Dezember 2015 geschlossen**. Ab dem 4. Januar 2016 sind wir wieder zu den üblichen Zeiten zu erreichen. Die Wahlkreisbüros unserer Abgeordneten sind teilweise unterschiedlich zu erreichen.

Die Bescheinigungen für Spenden und Ihren Mitgliedsbeitrag für das Jahr 2015, die Sie für Ihre Steuererklärungen benötigen, erhalten Sie, wie jedes Jahr, automatisch Ende Januar per Post. (tf)



# Integrierte Verkehrsstrategie für den Rheinisch-Bergischen Kreis

„Es geht um die Mobilitätsfähigkeit unserer ganzen Region“, so lautete die Überschrift der Juli-Ausgabe der CDUinform in diesem Jahr, als die Ausgangslage der Verkehrssituation unseres Kreises und unserer Region bereits zum ersten Mal tiefgreifend betrachtet wurde. Die Fakten liegen auf dem Tisch: Die Menschen stehen auf ihrem Weg zur Arbeit im Stau, die Straßenbahnen sind zu den Stoßzeiten überfüllt, an den Bahnhöfen gibt es nicht genügend Park-and-Ride-Plätze und viele Buslinien in den ländlichen Bereichen unseres Kreises haben lange Umlaufzeiten. Kurz zusammengefasst: Im Bereich der Mobilität ist unsere Verkehrsinfrastruktur in der gesamten Region an ihre Grenzen gekommen. Vor diesem Hintergrund haben die Fraktionen von CDU und Grünen im Kreistag ein umfassendes Mobilitätskonzept für den Rheinisch-Bergischen Kreis vorgestellt.

von **Uwe Pakendorf**

**E**ine gemeinsame Arbeitsgruppe von CDU und Grünen hatte sich bereits Anfang des Jahres zusammengefunden, um eines der Kernprojekte aus dem gemeinsamen Koalitionsvertrag anzupacken – eine Aufgabe, die wie sich herausgestellt hat, nicht leicht zu lösen war und grundlegender Vorbereitungen bedurfte. Aber es ist auch eine Aufgabe, die zu den zentralen Schlüsselfragen der Zukunftsfähigkeit unseres Kreis und unserer Region gehört.

Im Koalitionsvertrag wurde bereits festgeschrieben, dass das Mobilitätskonzept als umfassendes Konzept zu verstehen sei. Was heißt umfassend? Für die beiden Koalitionspartner war klar, dass nicht nur der Verkehr im herkömmlichen Sinne untersucht werden soll. Nicht nur die Frage, wie die Menschen von A nach B kommen, soll behandelt werden. Es soll auch überlegt werden, wie es möglich wird, dass die Waren, Dienstleistungen und Daten im Kreis einfacher zu den Menschen kommen. Ziel ist es, Wege kürzer oder eventuell auch unnötig zu machen.

## **Breitbandinitiative als erster Teilschritt**

Zur besseren Bewältigung dieser umfassenden Aufgabe wurde das

Mobilitätskonzept für den Rheinisch-Bergischen Kreis in drei Teilkonzepte aufgeteilt. Bereits im Dezember 2014 wurde im Kreistag die Breitbandinitiative als erster Teilschritt beschlossen. Ziel dieses Konzepts ist es, das schnelle Internet flächendeckend im Kreis auszubauen. Zu diesem Zweck wurde in der Kreisverwaltung ein Breitbandkoordinator eingestellt, der seine Arbeit bereits aufgenommen hat und derzeit in Zusammenarbeit mit den Kreis-Kommunen unterversorgte Bereiche identifiziert, um diesen einer Förderung zuzuführen.

In der Kreistagsitzung am 10. Dezember dieses Jahres wurde schließlich der zweite Teilschritt, die Integrierte Verkehrsstrategie für den Rheinisch-Bergischen Kreis beschlossen – im Folgenden mehr dazu! In einem dritten Teilschritt werden sich Grüne und CDU der sozialen Mobilität zuwenden - oder besser gesagt, dem Themenbereich der Quartiersentwicklung. In diesem breit angelegtem Untersuchungsbereich wird es darum gehen, Möglichkeiten zu entwickeln, Waren und Dienstleistungen näher zu den Menschen zu bringen. Dazu in naher Zukunft mehr.

### Integrierte Verkehrsstrategie als zweiter Teilschritt beschlossen

Bei der Vorstellung der Integrierten Verkehrsstrategie Ende November betonte Kreistagsfraktionsvorsitzender Holger Müller: „Wir sind stolz darauf, Ihnen noch in diesem Jahr ein umfassendes Mobilitätskonzept für den Verkehrsbereich des Rheinisch-Bergischen Kreises vorlegen zu können. Das Konzept haben wir ohne die Unterstützung von Gutachtern entwickelt. Uns ist wichtig, dass wir uns daran orientieren, was die Menschen im Kreis wollen und wohin sie sich täglich bewegen.“

Tatsächlich sprechen die Zahlen der Landesdatenbank NRW eine klare Sprache. Nicht verwundern wird die Tatsache, dass die täglichen Pendlerbewegungen im Rheinisch-Bergischen Kreis maßgeblich die Verkehrssituation bestimmen – egal, ob das Auto, der Bus oder die Bahn benutzt wird. Die mit Abstand stärkste Pendlerbeziehung besteht innerhalb des Kreises zwischen Kürten und Bergisch Gladbach. So pendeln täglich über 2.500 Menschen Kürtener in die Kreisstadt. Die Zahl ist aber vergleichsweise gering, betrachtet man die knapp 16.000 Menschen, die täglich aus der Kreisstadt nach Köln fahren, um ihrer Arbeit nachzugehen. Beeindruckend sind auch die fast 4.500 Menschen, die Wermelskirchen täglich Richtung Remscheid, Solingen oder Wuppertal verlassen. In Summe pendeln täglich über 70.000 Menschen aus dem Rheinisch-Bergischen Kreis aus. Damit ist das Saldo deutlich negativ, da sich lediglich etwas mehr als 38.000 Menschen in den Kreis hinein bewegen. Gegenüber den Aus- und Einpendlern ist die Zahl von etwas mehr als 15.000 Menschen, die innerhalb des Kreises pendeln, verhältnismäßig gering. Immerhin knapp 7.600 Pendler bewegen sich jeden Tag aus dem Oberbergischen Kreis in Richtung Köln und queren auf ihrem Weg den Kreis – eine nicht zu vernachlässigende Größenordnung für die Verkehrsbelastung auf den Autobahnen A1 und A4 sowie der Bahnlinie RB25.

### Über 70.000 Menschen pendeln täglich aus dem Kreis insbesondere in die Rheinschiene

Um herauszufinden, welches Verkehrsmittel am häufigsten verwendet wird, braucht es eigentlich nur einen Blick auf die Straßen des Kreises und der Region. Die Autobahnen rund um Köln sind Rekordhalter bei den bundesweiten Staumessungen. Unangenehme Folge dieses bereits jetzt realen Verkehrsinfarkts, der durch die Brückensituation entlang des Rheins noch verstärkt wird, sind Ausweichverkehre, die in unseren Kommunen parallel zu den Autobahnen auf vielen innerörtlichen Straßen die sowieso schon angespannte Verkehrssituation noch verschärfen. Aber auch die Stadt- und Regionalbahnen sowie die Straßenbahnlinien sind in den Stoßzeiten massiv überlastet. Die Untersuchungen des Mobilitätskonzepts der Stadt Bergisch Gladbach haben demzufolge eine nicht verwunderliche Verteilung der Verkehrsteilnehmer der Stadt auf die vier Verkehrsmittel Auto (58,9 %), Bus/Bahn (13,2 %), Fahrrad (13,4 %) und Fußgänger (14,6 %) ergeben (Modal Split).

### Demografische Entwicklung beeinflussen!

Diese Kapazitätsengpässe sind an sich schon ausreichend, um die Notwendigkeit eines Mobilitätskonzepts zu begründen. Nicht vergessen werden darf allerdings die Steuerungswirkung, die von einem Ausbau der Verkehrsinfrastruktur auch im Hinblick auf den demografischen Wandel ausgeht. Jüngste Zahlen der Bertelsmann-Stiftung weisen bis zum Jahr 2030 relativ stabile Bevölkerungszahlen für die westlichen Kreis-Kommunen entlang der Rheinschiene aus. Anders

sieht es bei Wermelskirchen (-7,1 %) , Kürten (-6,2 %) und Overath (-3,8 %) aus. In einer Kartenansicht zeigt sich deutlich, dass rund um das stark wachsende Zentrum Köln angrenzend und an gut erschlossenen Verkehrsachsen mit einer Wachstumsdynamik zu rechnen ist. So profitiert beispielsweise die besterschlossenste Kommune im Kreis, die Stadt Rösrath, deutlich von der Bevölkerungsdynamik der Stadt Köln mit einem prognostizierten Bevölkerungswachstum von 3,4 Prozent bis 2030. Aktuelle Untersuchungen haben zudem ergeben, dass die Immobilienpreisentwicklung maßgeblich von der verkehrlichen Erschließung abhängig ist. So ist der Immobilienpreis pro Quadratmeter in einem fußläufigen Umkreis von 500 Metern um eine Bahnhaltestelle



Die CDU schlägt mehrere Schnellbus-Linien für den Kreis vor.

im Schnitt ca. 20 Prozent höher, als in der weiter entfernten angrenzenden Umgebung.

Damit ist auch unter demografischen Gesichtspunkten die Marschrichtung für das Mobilitätskonzept klar: Auch die östlichen Kommunen des Kreises müssen besser als bisher an die Verkehrsinfrastruktur angebunden werden.

### Stärkung der Attraktivität unseres Standorts ist oberstes Ziel

Aus diesen Rahmenbedingungen haben CDU und Grüne folgende strategische Ziele für den Kreis abgeleitet: Als oberstes Ziel verfolgt das Konzept das Ziel, attraktive Rahmenbedingungen für die Wohn- und Gewerbestandorte im Kreis zu schaffen und damit einerseits eine Erhöhung der Lebensqualität für die Menschen und andererseits auch die Wirtschaftsstandorte zu sichern. Neben dem Ziel, den Kreis durch attraktive Verkehrsangebote fit für den demografischen Wandel zu machen, verfolgt die Strategie auch das Ziel die sich langsam entwickelnde Naherholung und den Tourismus zu stärken. Insbesondere der wachsende Wandertourismus aufgrund der Aktivitäten der Naturarena Bergisches Land ist auf gut erschlossene Angebote im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) angewiesen. Aber auch die Klimaschutzziele des Integrierten Klimaschutzkonzeptes spielen eine wichtige Rolle in der Verkehrsstrategie. Dabei geht es CDU und Grünen nicht darum, auf Vorschriften zu setzen, sondern ein gutes Klima für die Durchsetzung moderner und klimafreundlicher Mobilitätsformen zu schaffen.

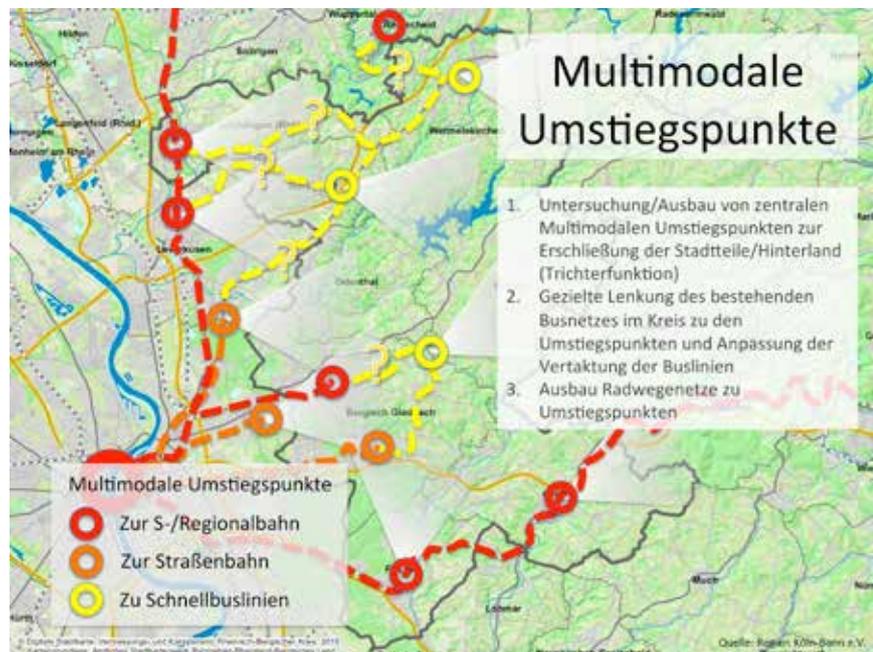
### Vernetzung als zentrale Aufgabe

Wir verstehen das Integrierte Verkehrskonzept ausdrücklich als offenes Konzept, das kurzfristig umsetzbare Maßnahmen mit mittel- bis langfristigen Zielen verknüpft. Wir wollen ein lebendes Konzept, das alle Beteiligten an einen Tisch bringt. Daher laden wir alle Fraktionen, alle Akteure des Verkehrsbereichs und Bürger ein, sich an dem Prozess zu beteiligen. Dies ist umso wichtiger, da der Kreis als Handlungsebene nur begrenzte Zuständigkeiten besitzt. Lediglich im Bereich des ÖPNV, also der Bus- und Straßenbahnlinien hat der Kreis eigene Entscheidungskompetenzen. Sobald jedoch auch nur beispielsweise ein Bahnsteig verlängert oder ein Park-and-ride-Parkplatz gebaut werden soll, sind die Kommunen die Entscheidungsträger. Und auch in der Frage der Kapazitätssteigerung bei den Bahnlinien und der Beeinflussung für den Kreis wichtiger Verkehrsknotenpunkte wie den Engpässen des Kölner Hauptbahnhofes, der Hohenzollernbrücke oder der Bahnhöfe Deutz und Mülheim (Rhein-Ruhr-Express RRR) ist der Kreis auf die Zusammenarbeit mit den überörtlichen Verkehrsverbänden, Verkehrsunternehmen und angrenzenden Kommunen angewiesen.

Das Konzept soll einerseits die grundsätzliche Ausrichtung des Rheinisch-Bergischen Kreises im Hinblick auf die Verkehrsentwicklung definieren und entsprechende Konzepte erarbeiten. Andererseits werden konkrete Einzelmaßnahmen benannt, mit dem Ziel bereits kurzfristig erste spürbare Wirkungen in Problembereichen zu erreichen. Wir wollen aber ausdrücklich keine Prioritätenliste aufstellen. Diese muss sich aus dem Prozess ergeben, den wir mit der Vorstellung der Integrierten Verkehrsstrategie anstoßen. Dennoch müssen wir ganz aktuell die Gelegenheiten nutzen, um schnell den Einstieg in die Umsetzung längerfristiger Maßnahmen zu schaffen. Ein gutes Beispiel dafür ist beispielsweise Umsetzung der Dreifachtraktion auf der Straßenbahnlinie 1. In dieser Frage werden bereits auf verschiedenen Ebenen intensiv Gespräche geführt.

### Den Modal Split durch attraktiven ÖPNV verändern!

Kernziel der Verkehrsstrategie ist es, den Modal Split – die Verhältnismäßigkeit der Verkehrsmittel zueinander – zu beeinflussen. Daher setzt das Konzept klar auf eine nachfrageorientierte Stärkung und Attraktivierung der öffentlichen Bus- und Bahnangebote. Es geht vor allem darum, die Hauptverkehrsachsen entlang der wichtigsten Pendlerwege auszubauen, diese durchgängiger und schneller zu gestalten und damit eine Verbesserung des Verkehrsflusses auf den Hauptlinien zu erzeugen.



Umstiegspunkte zwischen verschiedenen Verkehrsträgern tragen zur Akzeptanz einer schnellen ÖPNV-Verbindung bei.

gen. Zudem setzt das Konzept auf die Bildung von zentralen Sammel-/Knoten- und Umstiegspunkten im Kreis, an denen alle Verkehrsträger stärker als bisher miteinander vernetzt werden sollen. Der Umstieg vom Fahrrad und Auto auf Bus oder Bahn steht im Fokus. Nur wenn es gelingt, diese Ziele umzusetzen, wird es gelingen mehr Menschen dazu zu bewegen verstärkt öffentliche Verkehrsträger zu nutzen.

### Bahnknotenpunkt Köln im Fokus der Betrachtung

Auch die Engpässe aufgrund mangelnder Kapazitäten und zu langer Taktzeiten sowie häufiger Umstiegsnotwendigkeiten bei Bus und Bahn werden als wichtige Handlungsfelder betrachtet – dies betrifft sowohl die Linienverbindungen im Kreisgebiet wie auch in den Ballungszentren. Als Engpass im Pendlerverkehr identifiziert das Papier den Knotenpunkt des Hauptbahnhofes Köln und des Bahnhofs Deutz sowie die Hohenzollernbrücke. Zwar sehen die Ausbaupläne der Bahnkonferenz vor, dass in den kommenden Jahren durch technische Neuerungen und zusätzliche Gleisanlagen mehr Bahnen dieses Nadelöhr passieren können. Dennoch bleibt die Verkehrsbelastung aufgrund der konkurrierenden Ausbaupläne regionaler und überregionaler Zugverbindungen weiterhin angespannt. Aus diesem Grund ist geplant, die Pendlerströme aus dem Kreis bereits vor Querung des Rheins (Bahnhöfe Mülheim und Deutz) verstärkt auf den innerstädtischen Straßenbahnverkehr umzuleiten.

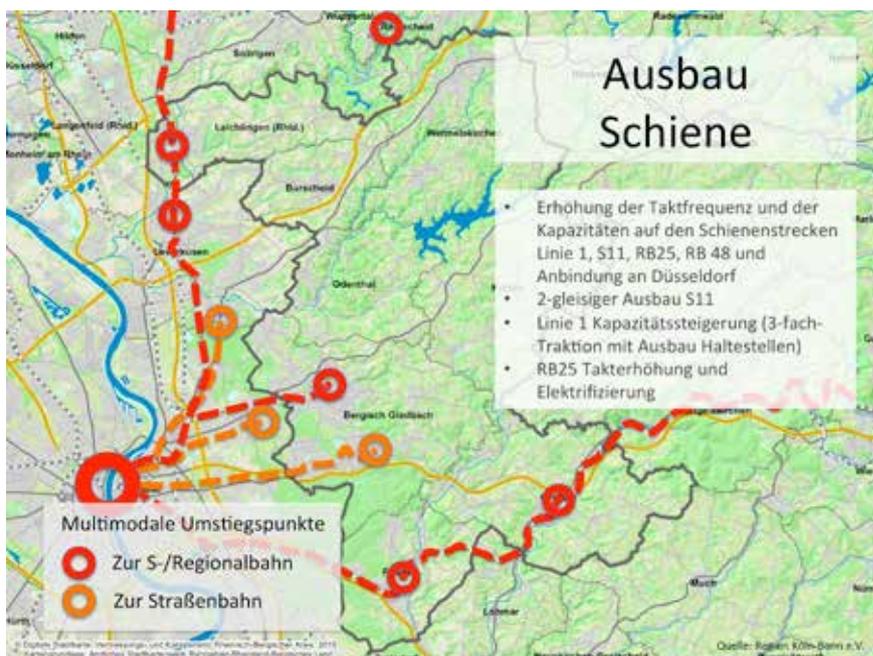
### Schnellbuslinien für Kürten, Burscheid und Wermelskirchen

Kernstücke der Integrierten Verkehrsstrategie stellen jedoch die zahlreichen kurzfristig umzusetzenden Handlungsmaßnahmen dar. Als vielleicht wichtigstes, weil in eigener Kreiszuständigkeit umzusetzendes Projekt, setzt die Verkehrsstrategie auf den Aufbau von Schnellbusverbindungen im Kreis, um insbesondere die ländlichen, schlecht erschlossenen Bereiche des Kreises direkter und schneller an den Schienenverkehr anzubinden. Damit sollen direkte Zubringerverkehre zu zentralen Umstiegspunkten der Endhaltestellen der Straßenbahnlinie 1 in Bensberg und der S11 in Bergisch Gladbach und zu den Haltestellen der RB48 in Leichlingen, Leverkusen und Opladen und S7 in Remscheid geschaffen werden. Erschlossen werden soll die Gemeinde Kürten mit einer Schnellbuslinie an die Endhaltestellen in Bergisch Gladbach und insbesondere an die Linie 1, um einerseits eine attraktive Busverbindung für Pendler zu schaffen und andererseits die innerörtlichen Verkehre auf den Straßen zu entlasten. Wermelskirchen steht zudem im Fokus, indem die Stadt durch einen Schnellbus mit einem weiteren Zustiegspunkt in Burscheid an den Bahnverkehr der RB 48 angeschlossen werden soll.

### Ausbau Multimodaler Umstiegspunkte

Weiterer zentraler Gesichtspunkt ist die Schaffung multimodaler Umstiegspunkte zum Schnellbusverkehr, die den Umstieg vom Auto, Fahrrad und der bestehenden Busverbindungen schnell und verlässlich ermöglichen sollen. Aber auch die ländlich gelegenen Bahnhöfe des Kreises an der RB48 und RB25 sollen ebenfalls verstärkt zu multimodalen Umstiegspunkten ausgebaut werden. Insbesondere strebt das Konzept die Herausarbeitung einzelner zentraler Umstiegspunkte an den Linienverbindungen an. Die bestehenden Buslinien sollen verstärkt Zulieferfunktionen zu den Schnellbus-, Straßenbahn- und Bahnlinien übernehmen. Dies führt in einigen Bereichen zu einer grundlegenden Neuausrichtung der bestehenden Buslinien, die konzeptionell in den nächsten Monaten unter Beteiligung aller Akteure angegangen werden soll.

Eine wirkliche Attraktivierung des Personennahverkehrs wird allerdings nur dann möglich sein, wenn es auch gelingt, die Menschen in qualitativ hochwertigen und mit ausreichenden Kapazitäten ausgestatteten Verkehrsmitteln zu befördern. Auch diesem Ansatz widmet sich das Konzept. Insbesondere bei den Bahnverbindungen brauchen wir im Kreis erhebliche Investitionen, um höhere Taktzeiten und höhere Beförderungskapazitäten zu erreichen. In einem ersten Schritt haben CDU und Grünen bereits im Kreistag beschlossen, in den Nachtzeiten vor und während Wochenenden und Feiertagen die Taktzeiten der Linie 1 nach Bensberg zu erhöhen. Die Mehrkosten von ca. 25.000 Euro sind in dieser Frage gut angelegtes Geld. Gleichzeitig wurde auch ein Antrag auf den Weg gebracht, sich an einem Gutachten der Stadt Köln zum Bedarf eines Umstiegs punktes zum geplanten Rhein-Ruhr-Express (RRX) in Köln-Mülheim zu beteiligen. Dieser Bahnhof übernimmt für den Kreis eine wichtige, weil schnell zu erreichende Erschließungsfunktion insbesondere für die mittleren Kreisregionen.



Der Ausbau der Schiene ist unabdingbar für die Verbesserung des ÖPNVs.

### Ausbau des Schienenverkehrs

Wichtiger ist jedoch, dass die Kapazitäten auf den Linienverbindungen der Linie 1 nach Bensberg (Dreifachtraktion), der S11 nach Bergisch Gladbach, der RB48 nach Wuppertal, der Oberbergischen Bahn RB25 und S7 nach Remscheid und Wuppertal erhöht werden. Bereits kurzfristig will das Konzept diese langfristig umzusetzenden Maßnahmen anpacken. Dabei spielen die Umsetzung der in der Bahnknotenkonferenz bereits gefassten Beschlüsse zur Neuanschaffung von Bahnfahrzeugen, die Zweigleisigkeit der S11 der weitere zweigleisige Ausbau der RB25 und deren Elektrifizierung zentrale Rollen. Aber auch die bereits von der Stadt Bergisch Gladbach geforderte Verlängerung der Linie 1 bis hinter Herkenrath oder Kürten-Spitze wird als eines der wichtigsten Infrastrukturprojekte zur besseren Anbindung und Erschließung der Gemeinde Kürten konkret geplant. Die notwendigen Weichenstellungen für diese Mammut-Investition von ca. 350 Mio. Euro sollen bereits jetzt gestellt werden.

Zu diesem Zweck setzt das Konzept darauf, dass der Kreis die Funktion eines Moderators und der Interessenvertretung auf regionaler Ebene übernimmt. Noch wichtiger ist jedoch die Aufgabe, dass der Kreis den Kommunen die notwendigen Hilfestellungen bietet, um die notwendigen Fördermittel von Landes-, Bundes- und EU-Ebene einzuwerben und die Kommunen bei der Umsetzung der Infrastrukturmaßnahmen zu unterstützen. Konkret haben CDU und Grüne sowie die Kreisverwaltung bereits auf der Ebene des Regionalrats und der Nahverkehr Rheinland GmbH die genannten Projekte als Förderanträge für den neu aufzustellenden ÖPNV-Nahverkehrsplan eingereicht.

Abschließend setzt die Integrierte Verkehrsstrategie aber auch moderne Antriebsformen und neue Technologien. Diese sollen Schritt für Schritt im öffentlichen Personennahverkehr und auch im Individualverkehr Einzug halten. So wurde bereits in der Dezembersitzung des Kreistages beantragt, erste Brennstoffzellenbusse im Wasserstoffbetrieb im Kreisgebiet einzusetzen. Die RVK steht bei diesem Projekt bereits Pate. Zudem wird geplant, an den zentralen Umstiegs punkten verstärkt auf die Installation von Ladesäulen für Elektroautos und Elektrofahrräder zu setzen. Mit Hilfe dieser Maßnahmen soll es gelingen, mehr Menschen dazu zu bewegen, diese neuen Mobilitätstechnologien konkret im Kreis nutzen zu können.

### Radwege, Taxibus-Angebote und Quartiersbusse

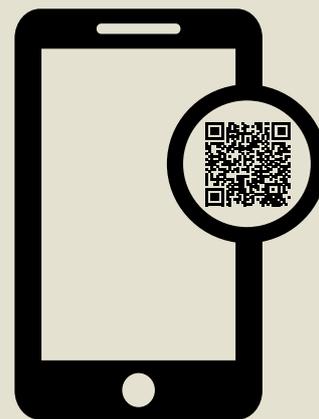
Wie bereits mit der Umsetzung des Agger-/Sülzradweges und der Bal-

kantrasse begonnen, soll zudem kreisweit das Radwegenetz verbessert werden. Insbesondere in den innerörtlichen Bereichen sollen verstärkt Vorrangflächen für Fahrräder geschaffen werden. In den ländlichen Bereichen setzt das Konzept außerdem auf die verstärkte Umsetzung von Taxibus-Angeboten. In den innerstädtischen Bereichen, wie bereits im Mobilitätskonzept der Stadt Bergisch Gladbach angelegt, wird hingegen auf die Etablierung von Quartiers- und Bürgerbussen gesetzt.

Aufmerksamen Lesern wird aufgefallen sein, dass das Konzept die Entwicklung von Straßen nicht verfolgt. Nicht weil diese nicht von zentraler Bedeutung sind. Im Gegenteil, der Ausbau der Autobahnen und der Bau innerörtlicher Entlastungsstraßen ist von großer Wichtigkeit. Nur besitzt der Kreis genau in diesen Bereichen keine Zuständigkeiten. Im Bereich des ÖPNV sitzt der Kreis hingegen an allen wichtigen Schnittstellen.

Die Integrierte Verkehrsstrategie wird für die zukünftige Entwicklung unseres Kreises wahrscheinlich eine der wichtigsten Weichenstellungen darstellen. Daher ist es oberstes Ziel, alle Menschen mitzunehmen und einen offenen Prozess zu starten, der kontinuierlich fortentwickelt werden soll. Helfen auch Sie mit, damit unser Kreis weiterhin zu den führenden und prosperierenden Regionen unseres Landes gehört. Packen wir es an! ■

Mehr zum Thema finden Sie im Internet mit dem kompletten **Mobilitätskonzept, den Anträgen** und vielen weiteren **Karten und Tabellen** in der Präsentation auf [cdurbk.de](http://cdurbk.de)



# Kreisangehörige Kommunen sind Verlierer in NRW!

## Wachsende Kluft bei den Schlüsselzuweisungen zwischen Stadt und Land

von Rainer Deppe

Die Schlüsselzuweisungen und damit die Finanzierung insbesondere der ländlichen Kommunen bleibt ein ernsthaftes Problem. Die Schlüsselzuweisungen haben vereinfacht gesagt in Nordrhein-Westfalen die Aufgabe, die Kommunen mit den Mitteln auszustatten, die sie benötigen, um die gesetzlich verpflichtenden Aufgaben zu erfüllen. In den letzten Jahren ist die Kluft zwischen den kreisfreien Städten und den kreisangehörigen Kommunen bei den Zuweisungen stetig gewachsen.

Besonders deutlich wird das Missverhältnis, wenn man die pro-Kopf-Verteilung der Schlüsselzuweisungen betrachtet. Entfielen im letzten Jahr der CDU-geführten Landesregierung 2009 in den ländlichen Kommunen noch 204 Euro auf jeden Einwohner, so lag der Betrag in den kreisfreien Städten bereits bei 419 Euro je Einwohner. Insgesamt ist zwar die Gesamtschlüsselmasse gestiegen (von rund 5,2 Mrd. Euro auf 6,9 Mrd. Euro), die Kreisangehörigen Städte haben von diesem Anstieg jedoch überproportional profitiert. Im kommenden Haushaltsjahr entfallen auf jeden Bürger einer kreisangehörigen Kommune 245 Euro – auf jeden Einwohner einer kreisfreien Stadt 610 Euro. Ein Anstieg der Schlüsselzuweisungen in den ländlichen Kommunen um 20,1 Prozent seit 2009 ist im Verhältnis zum Anstieg von 45,5 Prozent in den großen Städten des Landes eigentlich nicht hinnehmbar – von der Landesregierung jedoch bewusst herbeigeführt.



Wie kommt es zu diesen massiven Verschiebungen? Nach dem Wechsel der Landesregierung im Jahr 2010 wurde fast jedes Jahr das für die Schlüsselzuweisungen zuständige Gemeindefinanzierungsgesetz FFG NRW schleichend verändert. Eine Kleine Anfrage, die ich im November eingereicht habe und deren Antworten seit wenigen Tagen vorliegen, hat die Hintergründe für die finanziellen Verschiebungen hin zu den kreisfreien Städten eindeutig belegt.

Nach einem Bedarfspunktesystem wird der angenommene Ausgabenbedarf einer Kommune berechnet. Dem wird die fiktive Steuerkraft (also alle Einnahmepositionen aus Steuern und Teilsteuermassen) entgegengesetzt. Ist der ermittelte Wert des angenommenen Ausgabenbedarfs größer, als der Wert, der aus der fiktiven Steuerkraft ermittelt wird, bekommt die Kommune 90 Prozent der Differenz als Schlüsselzuweisungen ausgezahlt. Ist die Steuerkraft höher, ist die Kommune abundant – das bedeutet, sie erhält keine Zuweisungen. Verändert wurde in den letzten Jahren das Bedarfspunktesystem, das aus dem Hauptansatz und vier Nebenansätzen besteht.

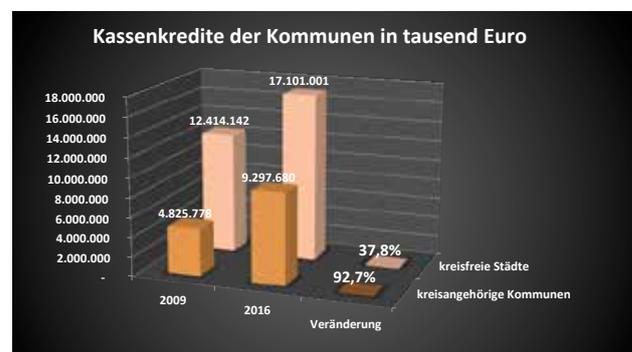
Hat der Hauptansatz, der aus der Einwohnerzahl einer Kommune je nach Größenklasse berechnet wird im Jahr 2009 noch zu Zeiten der schwarz-gelben Landesregierung 76,6 Prozent des Gesamtansatzes ausgemacht, ist der Wert für das Jahr 2016 auf 49,5 Prozent gesunken. Hingegen ist der Nebenansatz des sogenannten Soziallastenansatzes im selben Zeitraum von 11,4 auf 36,2 Prozent angestiegen und somit in Wirklichkeit zu einem zweiten Hauptansatz geworden. Maßgebend für die Berechnung des Soziallastenansatzes ist die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften, die Leistungen der Sozialhilfe nach SGB II beziehen (Hartz IV). Die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften einer Kommune wurde im Jahr 2009 mit dem Faktor 3,9 multipliziert.

In mehreren Schritten wurde der Faktor des Soziallastenansatzes auf 17,63 erhöht. Im noch laufenden Haushaltsjahr 2015 lag er noch bei 15,76 Punkten. Damit wirkt sich eine Bedarfsgemeinschaft in einer Kommune mehr als vier Mal so stark aus, wie noch vor sieben Jahren.

Ein wirklicher Ausgleich der Sozialkosten einer Kommune findet mit dieser Berechnungsmethode zudem nicht statt. Die Sozialkosten einer Kommune bestehen aus mehr als den Aufwendungen für Sozialhilfeleistungen.

Unberücksichtigt bleiben die Sozialkosten der Jugendhilfe und der Hilfen zum Lebensunterhalt, die von ganz anderen Bevölkerungsgruppen in Anspruch genommen werden und in der Berechnung unberücksichtigt bleiben.

Bedenkt man, dass in den kreisangehörigen Kommunen der Anteil der Bedarfsgemein-



schaften an der Gesamtbevölkerung aktuell stabil bei 3,6 Prozent liegt (2009 bei 3,5 Prozent), jedoch in den kreisfreien Städten mit 6,3 Prozent (2009 bei 6,1 Prozent) fast doppelt so hoch ist, verwundert es nicht, dass sich die Schere bei den Schlüsselzuweisungen zugunsten der großen Städte öffnet. Bei den kreisangehörigen Kommunen liegt derzeit der Anteil des Soziallastenansatzes an dem Gesamtansatz aufgrund des höheren Anteils der Bedarfsgemeinschaften bei 32,3 Prozent – in den kreisfreien Städten bei 40,2 Prozent.

Insbesondere bei den Kassenkrediten, also den Krediten, die nicht für Investitionen verwendet werden, sondern zur Deckung der laufenden Aufwendungen, macht sich diese Diskrepanz besonders deutlich. So stieg in der Zeit von 2009 bis 2014 der Schuldenstand der kreisangehörigen Kommunen in NRW um 92,7 Prozent. In den kreisfreien Städten stiegen die Kassenkredite lediglich um 37,8 Prozent. Insbesondere die in nordrhein-westfälischen Kommunen besonders stark steigenden Sozialkosten sind laut Bertelsmann-Stiftung im Gegensatz zu anderen Bundesländern größter Ausgabentreiber.

Auch immer mehr ländliche Kommunen sind aufgrund dieser strukturellen Unter-

### Impressum

Herausgeber: CDU-Kreistagsfraktion Rheinisch-Bergischer Kreis  
 Verantwortlich: Holger Müller MdL, Fraktionsvorsitzender  
 Redaktion: Johannes Dünner, Stv. Fraktionsvorsitzender  
 Büro: Am Rübzahlwald 7, 51469 Bergisch Gladbach  
 T: 02202-13 2328, F: -2244, E: cdu@rbk-online.de



finanzierung durch das Land NRW bis an den Rand ihrer Handlungsfähigkeit gebracht worden. Die Überschuldung ist in greifbare

Nähe gekommen, was (wie beispielsweise in der Stadt Overath) dazu führt, dass die Kommunalpolitik keine andere Möglichkeit mehr hat, als die Gewerbe- und Grundsteuern massiv zu erhöhen. Auch hier zeichnet sich zwischen den ländlichen und städtischen Kommunen eine sich öffnende Schere ab. So stiegen die Hebesätze der Grundsteuer B in den kreisfreien Städten pro Kopf zwischen 2009 und 2014 um 13,7 Prozent – in den kreisangehörigen Kommunen um 17,3 Prozent. Diese Entwicklung wird sich in den nächsten Jahren noch deutlich beschleunigen.

Es braucht eine radikale Trendwende in NRW! Alle Kommunen brauchen höhere

Zuweisungen durch das Land. Aber insbesondere die ländlichen Kommunen benötigen sofort einen gerechten Ausgleich ihrer weitgehend verpflichtenden Ausgaben! Die Zeit für ein weiteres Aufschieben einer grundlegenden kommunalen Finanzreform ist bereits jetzt abgelaufen. Rot-Grün muss die drastische Benachteiligung des ländlichen Raums stoppen! Die dort lebenden Bürger haben sonst nicht nur schlechtere kommunale Leistungen zu befürchten, sondern zusätzlich rasant steigende Steuern! ■



**Rainer Deppe**  
ist CDU-Kreisvorsitzender  
Landtagsabgeordneter  
und stellv. Fraktionsvorsitzender im Kreistag

## Kreis unterstützt Kommunen mit Investitionsförderungs paket in Höhe von 2,8 Mio. Euro

von Holger Müller

Im Jahr 2017 erhalten die Kreis-Kommunen ein zusätzliches Investitionsförderungs paket vom Kreis in Höhe von 2,8 Mio. Euro. Die Fraktionen von CDU und Grünen haben einen entsprechenden Antrag in der Kreistagssitzung eingebracht, der mit einer breiten Mehrheit angenommen wurde.

Bereits seit dem 01. Juli 2015 stellt der Bund finanzschwachen Kommunen ein Kommunalinvestitionsförderungsprogramm zur Verfügung, das in Nordrhein-Westfalen nach dem Verteilungsschlüssel der ausgezahlten Schlüsselzuweisungen der letzten drei Jahre an die Kommunen ausgezahlt wird (siehe beiliegende Tabelle). Aufgrund dieses Verteilungsmechanismus erhalten allerdings ländliche Kommunen wie in unserem Kreis, genauso wie bei der Verteilung der Schlüsselzuweisungen pro Kopf, weniger Mittel als die großen Städte des Landes. So erhält die Gemeinde Odenthal 1,80 Euro pro Kopf aus den Fördermitteln, die Stadt Bergisch Gladbach immerhin 38,40 Euro pro Kopf, jedoch die Stadt Köln beispielsweise 50,90 Euro und die Stadt Gelsenkirchen 163,80 Euro pro Kopf. Vereinfacht kann man sagen: je kleiner eine Kommune ist, je weniger Sozialhilfeempfänger sie hat und je höher die Steuerkraft ist, desto geringer ist die Investitionsförderung.

Diese Ungerechtigkeit bei dem Verteilungsmechanismus des Landes will der Rheinisch-Bergische Kreis mit dem eigenen Investitionsförderungs paket ausgleichen, indem die Erhebung der Kreisumlage als Verteilungsschlüssel verwendet werden soll (siehe Tabelle). Die Mittel

sollen einerseits in den Kommunen für die Finanzierung des Eigenanteils in Höhe von 10 Prozent aus den Mitteln des Kommunalinvestitionsförderungs gesetz genutzt werden können, andererseits auch für die vollständige Finanzierung anderer eigener Investitionen.

Ermöglicht wird das Kreis-Programm durch eine Umfinanzierung der Kreiszuweisungen aus dem Kommunalinvestitionsförderungs gesetz. Der Kreis erhält 4,8 Mio. Euro aus dem Gesetz für eigene Investitionen. Diese Mittel sind allerdings zweckgebunden und können noch nicht an die Kommunen ausgezahlt werden. Die sowieso anstehenden Fassadensanierungen am Kreishaus in Höhe von 4,6 Mio. Euro sind jedoch förderfähig und werden aus den Investitionsmitteln des Bundes finanziert. Ebenso finanzierbar ist die

Aufstockung des Kreishauses Heidkamp (2,0 Mio. Euro), die zwischenzeitlich aufgrund starker Personalmehrungen, insbesondere in der Ausländerbehörde, notwendig geworden ist. Positiver Effekt ist, dass im Jahr 2017 die bisher zweckgebundenen Rückstellungen aus der Fassadensanierung frei werden. Die im Haushalt verbleibenden freien Mittel in Höhe von mindestens 2,8 Mio. Euro nutzt der Kreis nun, um das eigene Investitionsförderungs paket für die Kommunen aufzubauen. ■



**Holger Müller**  
ist Landtagsabgeordneter  
für Bergisch Gladbach und  
Rösrath und Vorsitzender der  
CDU-Kreistagsfraktion

Kommune	Auszahlungen aus dem Kommunalinvestitionsförderungs gesetz NRW in Euro	Pro-Kopf-Auszahlungen aus dem Kommunalinvestitionsförderungs gesetz NRW in Euro	Auszahlungen des Kreises aus dem kreiseigenen Investitionsförderungs programm entsprechend des Kreisumlage schlüssels 2016 in Euro
Bergisch Gladbach	4.200.082,59	38,40	1.225.625,90
Burscheid	329.295,60	18,00	178.844,83
Kürten	478.750,84	24,60	173.774,88
Leichlingen	551.212,8	19,90	245.736,54
Odenthal	26.967,92	1,80	133.143,47
Overath	517.394,58	19,30	249.825,23
Rösrath	470.874,08	16,90	249.245,39
Wermelskirchen	71.886,78	2,10	343.803,76

Tabelle: CDU-Kreistagsfraktion

Alle Termine, die Sie hier finden, sind für alle Mitglieder der CDU und ihrer Vereinigungen offen. Ein JÜler kann genauso zur Senioren-Union gehen, wie ein Mittelständler zur CDA. Und umgekehrt natürlich auch ;-) Bei Fragen wenden Sie sich einfach an die angegebenen Ansprechpartner!

# Termine 2016

## Januar 2016

**10.01.2016** CDU Leichlingen  
Sonntag  
11:00 Uhr  
**Neujahrsempfang**  
mit Norbert Blüm  
Weyermansaal, Bürgerhaus, Am Hammer 1  
M. Winter, 0163 8732302, winter@cdu-leichlingen.de

**11.01.2016** CDU Rösrath  
Montag  
18:00 Uhr  
**Neujahrsempfang**  
mit den geschäftsführenden Vorstandsmitglied der  
Region Köln/Bonn e.V., Dr. Reimar Molitor  
CDU-Center, 02202 936950, info@cdu-rbk.de

**20.01.2016** Senioren-Union Rösrath  
Mittwoch  
15:00 Uhr  
**Jahreshauptversammlung**  
Wölner-Stift, Bahnhofstraße 26, Rösrath  
H.-R. Drümmer, 02205 911392, hr@druemmen.de

**20.01.2016** Senioren-Union Bergisch Gladbach  
Mittwoch  
15:00 Uhr  
**Mittwochstreff „Faszination Chemie“**  
Gronauer Tannenhof, Robert-Schuman-Str. 2, GL  
Manfred Klein, 0151 20773572, manfred.klein@gmx.de

**20.01.2016** CDU Bergisch Gladbach  
Mittwoch  
19:30 Uhr  
**Neujahrsempfang**  
mit dem Verfassungsrichter a.D.,  
Prof. Dr. Dr. Udo di Fabio  
Kardinal-Schulte-Haus, Overather Str. 41-53, Bensberg  
CDU-Center, 02202 9369570, info@cdu.gl

**21.01.2016** CDU Rheinisch-Bergischer Kreis  
Donnerstag  
18:30 Uhr  
**Themenwerkstatt Mobilität**  
Vorstellung des 2. Teilplans „Integrierte Verkehrs-  
strategie“ des Mobilitätskonzepts durch Uwe Pakendorf  
und Christopher Schiefer  
CDU-Center, Am Stadion 18-24, Bergisch Gladbach  
02202 936950, mobilitaet@cdu-rbk.de

**28.01.2016** CDU Rheinisch-Bergischer Kreis  
Dienstag  
18:30 Uhr  
**Themenwerkstatt Digitalisierung/Digitales Leben**  
Was bedeutet das Schlagwort Digitalisierung eigentlich?  
CDU-Center, Am Stadion 18-24, Bergisch Gladbach  
02202 936950, digitalisierung@cdu-rbk.de

## Februar 2016

**10.02.2016** CDU Rheinisch-Bergischer Kreis  
Mittwoch  
11:00 Uhr  
**Politischer Aschermittwoch**  
Bürgerhaus Bergischer Löwe, Spiegelsaal  
Konrad-Adenauer-Platz, Bergisch Gladbach  
02202 936950, info@cdu-rbk.de

**10.02.2016** CDU OV Wermelskirchen  
Mittwoch  
11:00 Uhr  
**Politischer Aschermittwoch**  
Ort und Thema folgen  
Randolph Schmidt, 0177 7847017

**17.02.2016** Senioren-Union Bergisch Gladbach  
Mittwoch  
15:00 Uhr  
**Mittwochstreff/Mitgliederversammlung**  
mit Herbert Reul MdEP  
Gronauer Tannenhof, Robert-Schuman-Str. 2, GL  
Manfred Klein, 0151 20773572, manfred.klein@gmx.de

**17.02.2016** Junge Union Bergisch Gladbach  
Mittwoch  
19:30 Uhr  
**Jahreshauptversammlung**  
Mit Neuwahl des Vorstandes  
Sascha Inderwisch, 0176 63709444, saeschae@gmx.de

**20.02.2016** MIT Rheinisch-Bergischer Kreis  
Samstag  
11:00 Uhr  
**Frühstück mit Susanne Kilian**  
Infos unter [www.mittelstand-rbk.de](http://www.mittelstand-rbk.de) oder bei  
Doro Dietsch, d.dietsch@gmx.de

## März 2016

**08.03.2016** JU Bergisch Gladbach  
Dienstag  
19:30 Uhr  
**Offene Vorstandssitzung**  
CDU-Center, Am Stadion 18-24, Bergisch Gladbach  
Sascha Inderwisch, 0176 63709444, saeschae@gmx.de

**13.03.2016** CDU Wermelskirchen  
Sonntag  
11:00 Uhr  
**Festakt 70 Jahre CDU Wermelskirchen**  
Festredner: Wolfgang Bosbach MdB  
Ratssaal, Telegrafstraße 29-33, Wermelskirchen  
C. Klicki, 0177 6274756, christianklicki16@web.de

**16.03.2016** Senioren-Union Bergisch Gladbach  
Mittwoch  
15:00 Uhr  
**Mittwochstreff mit Willibert Pauels**  
Gronauer Tannenhof, Robert-Schuman-Str. 2, GL  
Manfred Klein, 0151 20773572, manfred.klein@gmx.de

**11.03.2016** MIT Rheinisch-Bergischer Kreis  
Freitag  
18:00 Uhr  
**Firmenbesichtigung bei Pakulla GmbH**  
Infos unter [www.mittelstand-rbk.de](http://www.mittelstand-rbk.de) oder bei  
Doro Dietsch, d.dietsch@gmx.de

## April 2016

**16.04.2016** Senioren-Union Rösrath  
Samstag  
**Apethiater**  
Besuch des Hännischen-Theaters in Köln mit  
anschließenden Besuch im Knollendorf  
Haltestelle Halfenhof und weitere  
H.-R. Drümmer, 02205 911392, hr@druemmen.de

**18.04.2016** JU Bergisch Gladbach  
Montag  
19:30 Uhr  
**Offene Vorstandssitzung**  
CDU-Center, Am Stadion 18-24, Bergisch Gladbach  
Sascha Inderwisch, 0176 63709444, saeschae@gmx.de

**20.04.2016** Senioren-Union Bergisch Gladbach  
Mittwoch  
15:00 Uhr  
**Mittwochstreff mit Matthias Kopp**  
Pressesprecher der Deutschen Bischofskonferenz  
Gronauer Tannenhof, Robert-Schuman-Str. 2, GL  
Manfred Klein, 0151 20773572, manfred.klein@gmx.de

**25.04.2016** Senioren-Union Rheinisch-Bergischer Kreis  
Montag  
15:00 Uhr  
**Jahreshauptversammlung mit Vorstandswahlen**  
Großer Sitzungssaal im Kreishaushaus Heidkamp  
Am Rübezahlwald 7, Bergisch Gladbach  
02202 936950, info@senioren-union-rbk.de

## Themenwerkstätten

Der Kreisvorstand hat beschlossen, das im Rheinisch-Bergischen Kreis seit Jahren erfolgreich praktizierte Mitgliederprinzip fortzuführen und die Mitglieder noch stärker in die Arbeit einzubinden. Dazu wird es ab 2016 vier mitgliederoffene Arbeitskreise, die wir Themenwerkstätten nennen, geben: I. Allgemeine politische Themen II. Digitalisierung/Digitales Leben III. Bildung und Schule IV. Mobilität und Verkehr Die Termine werden über das Internet und in CDUinform veröffentlicht. Den Anfang machen die Themenwerkstätten II. und IV. im Januar. Die Sitzungen sind für alle (auch Vereinigungs-)Mitglieder offen. (lh)

## Digitales Kompetenzzentrum zur Terrorbekämpfung in NRW gefordert

„Wir brauchen den schnellen Aufbau eines digitalen Kompetenzzentrums zur Terrorbekämpfung.“ Das fordert die CDU-Landtagsfraktion. Schon für das kommende Jahr sollen 5 Mio. EUR für eine erste Anschubfinanzierung im Landeshaushalt reserviert werden.

Die Terrorattacken von Paris mit der anschließenden Identifikation der Täter und der Rekonstruktion ihrer Verbindungswege haben erhebliche Defizite bei der Früherkennung offengelegt. Auch Terroristen lernen jeden Tag dazu.

Deutlich intensiver als bisher müssen Fahnder die sozialen Dienste unter dem Aspekt der Terrorismusaufklärung ins Visier nehmen. Auch App-basierte Messenger-Dienste wie der Berliner Dienst „Telegram“ gehören dazu. Dort sollen in einer entsprechenden Gruppe mit 15.000 Followern von IS-Sympathisanten und sogar beteiligten Terroristen konkrete Anschlagpläne kommuniziert worden sein. Des Weiteren sollen die Attentäter von Paris in mindestens einem Fall über eine digital ver-

netzte Spielekonsole (PlayStation 4) kommuniziert haben.

Aufschlüsse können auch die Zahlungswege geben. Offenbar nutzt der IS die weltweit verfügbare digitale Währung. Aktuell sollen sog. Bitcoins im Wert von 5 Mrd. Dollar im Umlauf sein. Vermutlich haben sich auch die Terroristen von Paris dieser Zahlungswege zur Vorbereitung ihrer Anschläge bedient.

Im Nachhinein musste die Polizei erkennen, dass durch eine einfache Twitteranalyse Aufenthaltsorte und Vernetzungen der Pariser IS-Terroristen hätten festgestellt werden können. Einer der Attentäter hatte sogar über sein Facebook-Profil eindeutige extremistische Überzeugungen geäußert. Wären diese Informationen im Vorfeld richtig analysiert worden, vielleicht wäre es gelungen, über dieses Medium die Terrorzelle zu identifizieren und an der Ausführung der furchtbaren Attacken zu hindern.

Angesichts der Datenflut im Netz lassen sich verschlüsselte Botschaften und Zahlungswege nur mit Hilfe automatisierter Verfahren



Rainer Deppe ist seit 2005 Mitglied im Landtag NRW.

identifizieren. Dies soll mit dem Aufbau eines gesonderten digitalen Kompetenzzentrums zur Bekämpfung, Verfolgung und Verhinderung terroristischer Aktivitäten in Nordrhein-Westfalen angegangen werden. Der Schutz der Bevölkerung muss absoluten Vorrang haben. ■

### Rainer Deppe MdL

Landtagsbüro

Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf  
Tel. 02111-884-2340, Fax -3227

E-Mail: [rainer@deppe-direkt.de](mailto:rainer@deppe-direkt.de)

[www.deppe-direkt.de](http://www.deppe-direkt.de)

[/rainer.deppe.mdl](https://www.facebook.com/rainer.deppe.mdl)

[@rainer.deppe.mdl](https://twitter.com/rainer.deppe.mdl)



Foto: Manfred Esser

## Das Ende der Mitglieder/-innen

Das Ende der Mitglieder/-innen ist vollzogen. Diese sprachliche „Unart“ wird, nein wurde gerne von Sozis genutzt. Dabei ist sie schlicht sprachlich falsch. Aber

alljährlicher Vorgang, den auch schon die Vorgängerin Ute Schäfer zur guten Kommunikation zwischen Regierung, regierungstragenden Fraktionen und Opposition praktiziert hat. Beim Lesen der Einladung irritierte mich die Anrede „Mitglieder/-innen“.

Eine Irritation, die aufgeklärt werden musste. So schrieb ich Frau Minister Kampmann eine freundliche Antwort und Absage (der Einladung konnte ich wegen einem kommunalpolitischen Termin gar nicht folgen), in der ich mal nachgefragt habe:

„Nach meiner Kenntnis der deutschen Sprache ist das Wort Mitglied sächlich, also „das Mitglied“.

Wenn man überhaupt aus dem sächlichen eine weibliche Form ableiten würde, müsste es „die Mitgliedin“ heißen. In der Mehrzahl, wenn schon, „Mitgliedinnen“. Das setzt aber voraus, das es nicht „das“ Mitglied, sondern „der“ Mitglied heißt. Das ist mir nicht bekannt.

Die Antwort kam prompt. „Der Fehlerteufel“ hätte zugeschlagen, aus „Mitglieder/-innen“ wurde „Mitglieder“. Und für die Zukunft wird sich die Ministerin und ihr Büro sicher eher zweimal überlegen, ob man wirklich jedes deutsche Wort „vergendern“ muss. ■

wie ist es dazu gekommen?

Anfang November hat die neue Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport alle Sprecher der Arbeitskreise zu einem gemeinsamen Abendessen eingeladen. Ein

### Holger Müller MdL

Landtagsbüro

Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf  
Tel: 02111 - 884-2263, Fax: -3368

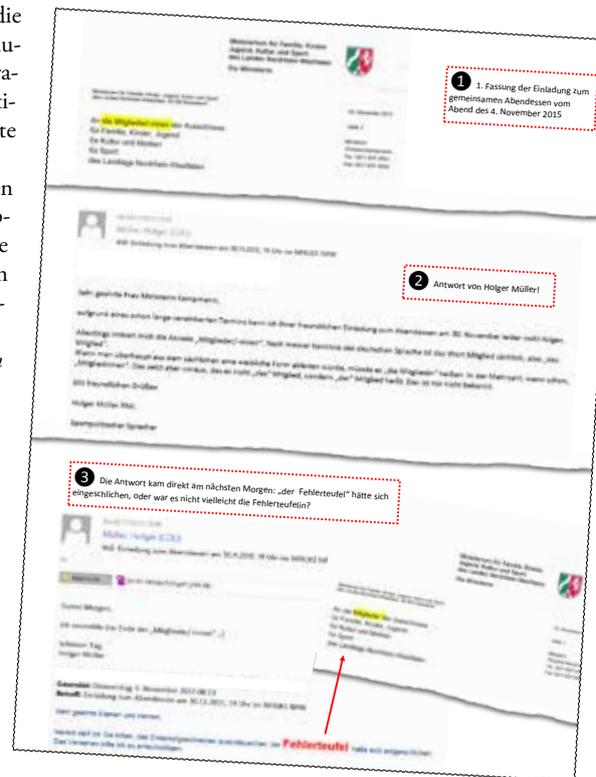
E-Mail: [holger.mueller@landtag.nrw.de](mailto:holger.mueller@landtag.nrw.de)



[www.klartext-mueller.de](http://www.klartext-mueller.de)

[/Holger.Mueller.MdL](https://www.facebook.com/Holger.Mueller.MdL)

[@klartextmueller](https://twitter.com/klartextmueller)



## Gegen Terror in Europa gibt es nur ein Prinzip: Handeln



Herbert Reul MdEP ist seit 2012 Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament.

**D**ie jüngsten Terroranschläge in Paris schockieren zutiefst und treffen ganz Europa. Es ist ein Angriff auf unsere Art zu leben, auf unsere Grundwerte und auf die Freiheit, die für uns immer von großer Bedeutung war und ist.

Die gegenwärtige Situation erfordert sofortige Konsequenzen für das politische Handeln im Kampf gegen den Terror. In den unterschiedlichen Bereichen der Terrorbekämpfung müssen die bereits im Sommer durch die EVP-Fraktion in Toledo erarbeiteten Maßnahmen konsequent auf europäischer Ebene umgesetzt und um weitere Punkte ergänzt werden:

Die Außengrenzen der Europäischen Union müssen entschieden gesichert und kontrolliert werden. Dazu ist es von großer Bedeutung, dass der EU-Grenzschutzagentur Frontex endlich zusätzliche Ressourcen zugewiesen werden. Im Zusammenhang damit muss die Außengrenzverwaltung gestärkt werden. Wichtig

ist, dass die „Intelligente Grenzverwaltung“ (Smart Borders), ein Legislativvorschlag der EU-Kommission zur Verbesserung des Schutzes der Außengrenzen, beschleunigt wird. Das Gesetzespaket beinhaltet Verordnungen zur Schaffung eines Ein- und Ausreisensystems (EBS) und Registrierungsprogramms (RTP), um Reisende schnell und unkompliziert an den Außengrenzen zu identifizieren und zu erfassen. In Hinblick auf die derzeitige Flüchtlingssituation in Europa wäre damit die Diskussion über eine generelle Einführung von innereuropäischen Grenzkontrollen und das Aussetzen des Schengen-Abkommens endlich vom Tisch.

Zur Bekämpfung von Terror und Kriminalität muss die grenz-überschreitende Zusammenarbeit von Polizei und Nachrichtendiensten weiter verbessert werden. Dazu müssen die entsprechenden Sicherheitsbehörden ausreichend ausgestattet sein. Der Daten- und Informationsaustausch zwischen den Mitgliedsstaaten muss strukturiert und schnell stattfinden. Zugleich muss ein rascher Zugriff auf Daten von potentiellen Gefährdern garantiert werden. Dazu müssen zunächst die Verhandlungen zur neuen, derzeit in Arbeit befindlichen EU-Datenschutzrichtlinie ausgesetzt werden. Sollte der jetzige Verhandlungsstand in Kraft treten, würde die Terrorbekämpfung in Europa noch viel schwerer. Die Verhandlungen brauchen einen zügigen Neustart. Zusätzlich müssen die Verhandlungen über das europäische Fluggastdatenaustauschsystem (PNR) zügig abgeschlossen werden, damit klar überwacht, dokumentiert und ausgewertet werden kann, wann mögliche Gefährder Europa verlassen, sich in islamistischen Szenen weiterbil-

den und zurückkehren.

Die Anti-Terror-Gesetzgebung muss gestärkt werden, um gegen die Radikalisierung vorzugehen. Schnellschüsse darf es dabei jedoch nicht geben. Die EU-Kommission hat zuletzt Entwürfe zur Verschärfung der Waffengesetzgebung vorgelegt. Hier muss man das richtige Maß finden, da es nicht darum geht, Jägern oder Sportschützen ihre Hobbys zu erschweren, sondern um Terrorbekämpfung. Darüber hinaus wird die EU-Kommission kurzfristig einen Aktionsplan zum Kampf gegen den illegalen Schmuggel von Waffen und Sprengstoff vorstellen.

Die globale Zusammenarbeit mit unseren Verbündeten in der NATO muss verstärkt werden, allem voran mit den USA. Ebenso muss die Kooperation mit Drittländern verbessert und die Militäraktion in Syrien gestärkt werden, um den Bürgerkrieg zu beenden.

Die Menschen in Europa wollen sich sicher fühlen und sicher sein, egal ob in Paris, Brüssel oder Düsseldorf. Dafür müssen wir alle arbeiten. Das EU-Maßnahmenpaket, welches in den letzten Tagen erarbeitet wurde, gilt es nun schleunigst umzusetzen, damit die Bürgerinnen und Bürger in Europa sicher leben können, ohne an den europäischen Grundprinzipien und der Freiheit, die wir genießen dürfen, zu zweifeln. ■

### Herbert Reul MdEP

Europa-Büro

Am Stadion 18-24, 51465 Bergisch Gladbach,

Tel: 02202 - 93695-55, Fax: -61

E-Mail: [h.reul@herbert-reul.de](mailto:h.reul@herbert-reul.de)

[www.herbert-reul.de](http://www.herbert-reul.de)

[/HerbertReul](https://www.facebook.com/HerbertReul)



## JU fordert besseren ÖPNV

**G**emeinsam berieten die JU-Verbände aus dem Rheinisch-Bergischen Kreis und Köln-Mülheim über eine bessere verkehrliche Anbindung zwischen dem Kölner Osten und dem Rheinisch-Bergischen Kreis. Einig war man sich, dass Handlungsbedarf im Bereich der Mobilität bestehe. JU-Kreisvorsitzender Diego Faßnacht erklärt: „Es bedarf einer eindeutigen Verbesserung der Anbindung von Teilen des Rheinisch-Bergischen Kreis an den SPNV. Eine Buslinie von Odenthal über Schildgen und Katterbach in Bergisch Gladbach zum Bahnhof Köln-Dellbrück würde beispielsweise die Fahrtzeit mit dem ÖPNV nach Köln für viele Bürger sehr deutlich reduzieren.

Für Pendler würde dies eine tägliche Zeiteinsparung von bis zu 40 Minuten bedeuten. Durch eine verstärkte Nutzung des ÖPNV könnten die verstopften Straßen entlastet werden.“ Wichtig ist für den CDU-Nachwuchs darüber hinaus, dass das zweite S-Bahn-Gleis von Köln-Dellbrück nach Bergisch Gladbach so schnell wie möglich kommt. Eine Taktverdichtung und das Ende von unnötigen Verzögerungen durch die Folgewirkung von Verspätungen würden vielen Nutzern des ÖPNV stark entgegen kommen. Der Vorsitzende der JU Köln-Mülheim, Jakob Wehler: „Ein Ausbau der Straßenbahnlinien 3 und 18 von der Haltestelle Thielenbruch nach Bergisch Glad-

bach würde nicht nur für die Bergisch Gladbacher eine bessere Anbindung an Köln bedeuten, sondern auch eine Entlastung für die Menschen in Köln-Dellbrück. Zurzeit sind unsere Straßen und Parkplätze völlig überfüllt von Pendlern aus Bergisch Gladbach.“ (df)



JU'ler aus Köln und dem Rheinisch-Bergischen Kreis, Diego Faßnacht (4.v.l.), Jakob Wehler (3.v.r.)

## Wir schaffen das! Schaffen wir das?

Mit dem Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz hat der Deutsche Bundestag einen weiteren, wichtigen Schritt für die Bewältigung der Flüchtlingskrise geleistet. In diesem Gesetzespaket wurden u.a. Albanien, Kosovo sowie Montenegro als weitere, sichere Herkunftsländer eingestuft. Bei Antragstellern aus diesen Ländern liegt die Anerkennungsquote deutlich unter 0,2%. Die Einstufung als „sicheres Herkunftsland“ bedeutet dennoch nicht, dass ein Asylantrag ohne weitere Prüfung abgelehnt wird. Das Anerkennungsverfahren erfolgt vielmehr in gleicher Weise wie bei Antragstellern aus anderen Staaten. Der Unterschied besteht darin, dass bei Antragstellern aus diesen Staaten eine Klage keine aufschiebende Wirkung hat – ist der Antrag auf Asyl oder subsidiären Schutz von zuständigen Bundesländern abgelehnt, muss grundsätzlich unverzüglich die Rückkehr in das Heimatland erfolgen. Desungeachtet kann eine Klage gegen den Bescheid auch von einem Drittstaat aus geführt werden.

Desweiteren sollen Asylbewerber fortan vorrangig Sach- statt Geldleistungen erhalten, außerdem wurden wichtige Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Ausweisung und Abschiebung rechtskräftig abgelehnter Asylbewerber schneller erfolgen können.

Rechtlich betrachtet ist es natürlich richtig, dass unser Asylrecht keine „Obergrenze“ kennt. Das bedeutet im Umkehrschluss allerdings nicht, dass Deutschland eine völlig unbegrenzte, schrankenlose Aufnahmekapazität hat! Dies gilt sowohl für die Integration in die Gesellschaft als auch für die Integration auf den Arbeitsmarkt. Zwar wird auch heute noch gerne der Eindruck erweckt, als würde es sich bei dem größten Teil der Flüchtlinge um

Fachkräfte oder gar Spezialisten handeln, die zügig auf dem Arbeitsmarkt integriert werden und einen wichtigen Beitrag zur Lösung des Fachkräftemangels leisten können, allerdings geht die zuständige Bundesagentur für Arbeit davon aus, dass dies für maximal 10 – 15% der Flüchtlinge gelten würde – deutsche Sprachkenntnisse vorausgesetzt.

Häufig wird gefragt, ob denn der starke Zuzug nach Deutschland nicht früher hätte erkannt werden müssen. Für diese Frage habe ich auch großes Verständnis. Aber: Vor 5 Jahren hatten wir durchschnittlich pro Tag 110 Asylbewerber. Anfang dieses Jahres war die Zahl auf 1.100 pro Tag angestiegen – und deshalb war auch die Prognose des zuständigen Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (400.000 im Jahr 2015) durchaus plausibel. Ab Juni/Juli 2015 sind die Zahlen allerdings sprunghaft gestiegen, im September und Oktober hat Deutschland knapp 10.000 Flüchtlinge pro Tag aufgenommen – z.Zt. sind es zwischen 7.000 und 8.000 pro Tag.

Schaffen wir „das“ und was bedeutet das kleine Wörtchen „das“? Mit „das“ sind wohl gemeint: Rasche Aufnahmeverfahren, angemessene, winterfeste Unterkünfte, neuer Wohnraum für anerkannte Flüchtlinge mit Bleibeperspektive, rasche und gelungene Integration in die Gesellschaft und auf dem Arbeitsmarkt. Problem: Ein Land nach dem anderen hat in der EU in den letzten Monaten die Aufnahme von Flüchtlingen deutlich reduziert. Zuletzt sogar das liberale Land Schweden, das in den letzten Monaten pro Tag zwischen 700 und 800 Flüchtlinge aus Deutschland aufgenommen hat, z.Zt. nimmt Schweden nur etwa 50 Flüchtlinge auf. Deshalb ist es wichtig, dass wir möglichst rasch zur Anwendung des



Wolfgang Bosbach ist seit 1994 Mitglied des Deutschen Bundestages.

geltenden Rechts zurückkehren, insbesondere im Hinblick auf die Regelungen in der sog. Dublin-Verordnung, auch als Signal an unsere europäischen Nachbarn. Wir brauchen dringend (!) eine gerechte Verteilung der Flüchtlinge in der Europäischen Union. Aber wenn es schon bei der Verteilung von „nur“ 160.000 Flüchtlingen zu großen Problemen kommt, obwohl Deutschland von dieser Zahl die größte Menge aufnimmt, ahnt man, dass viele Staaten der EU überhaupt nicht daran denken werden, ihren humanitären Verpflichtungen gerecht zu werden. Während wir mit riesen Schritten auf die Zahl 1 Million Flüchtlinge in 2015 zugehen, haben im vergangenen Jahr 8 Länder in der Europäischen Union weniger als 1.000 Flüchtlinge aufgenommen – und das ist kein Schreibfehler. Was aber nützt die vielbeschworene europäische Solidarität in Sonntagsreden, wenn sie in der politischen Wirklichkeit nicht praktiziert wird? Nie war mehr Europa wichtiger als in diesen Tagen bei der Aufnahme von Flüchtlingen. ■

### Wolfgang Bosbach MdB

Wahlkreisbüro

Am Stadion 18-24, 51465 Bergisch Gladbach

Tel: 02202-9369530, Fax: 932700

E-Mail: wolfgang.bosbach.wk@

bundestag.de

www.wobo.de



## Tag der Deutschen Einbeit mit Alfred Theisen

Eine Begegnung von Deutschland und Schlesien war Thema der traditionellen Veranstaltung der Senioren-Union am Tag der Deutschen Einheit. Der Görlitzer Verleger und Herausgeber der Zeitschrift „Schlesien heute“ war quer durch das Land nach Bergisch Gladbach gekommen, um von seinen Erlebnissen und Begegnungen von Deutschen und Schlesiern zu berichten.

„Seit der Wiedervereinigung hat sich das Verhältnis zwischen Polen und Deutschland fundamental geändert“, führte der Senioren-Union-Kreisvorsitzende Holger Müller in das Thema ein. Der Fall der Mauer war der Startschuss einer neuen Epoche in Europa

und Garant für Frieden.

Alfred Theisen, geboren in der Eifel, zog 1989 nach Görlitz, wo er den Senfkorn-

Verlag gegründet und bis heute viele Bücher und 200 Ausgaben von „Schlesien heute“ herausgegeben hat. Als Grenzgänger war er bald ein Insider für den Wandel zwischen Ost und



v.l.n.r.: Rainer Depppe MdL, Alfred Theisen, Holger Müller MdL und Manfred Klein

West. „Mit den polnischen Nachbarn sind wir auf einem guten Weg. Schon heute ist die deutsch-polnische Verständigung weiter als die deutsch-französische“, zog er Bilanz. (lh)

## CDU Leichlingen: Schnelle Stadtentwicklung vorantreiben

### Stadtparks und Wupperufer sollen zeitnah aufgewertet werden

Die erfreulich hohe Wahlbeteiligung von 48 Prozent macht den Wunsch der Leichlinger Bürger nach einem entschlossenen und schnellen Handeln sehr deutlich. Die CDU nimmt diesen Auftrag an.

Die Gespräche mit dem Eigentümer des Kaufpark-Geländes, Philip Kiefer, sollen so schnell wie möglich wieder aufgenommen werden, um das weitere Procedere abzustimmen. „Dass dies weitestgehend öffentlich geschieht, dafür wird sich die CDU einsetzen“, sagte der Fraktionsvorsitzende Helmut Wagner.

Die CDU möchte darüber hinaus an einem umfassenden Leitbild für Leichlingen arbeiten. Die Bürger sollen auch in diesen Prozess mit einbezogen werden. „Die gute Wahlbeteiligung hat gezeigt, dass sich die Leichlinger gerne in die Gestaltung ihrer Stadt einbringen. Wir wollen auch zukünftig die Bürger mit einbeziehen“, verspricht der CDU-Vorsitzende Maurice Winter.

Weiterhin gilt es nun die beiden Stadtparks zu erhalten und attraktiv zu gestalten. Dass man die Stadtparks für alle Generationen erlebbarer machen kann, wurde beim diesjährigen Sommerfest der CDU bereits mit vielen guten Ideen bestätigt. Gewünscht wurde neben Picknick-Tischen und Sportgeräten auch eine überdachte Fläche, wo man Musik und andere Darbietungen ohne großen Aufwand erleben kann. „Den Leichlinger Vereinen kann in den Stadtparks eine Plattform angeboten werden, um sich zu präsentieren“, so Winter. Die Ausgestaltung des Alten Stadtparks ist bereits 2009 im Rat beschlossen worden, der Umsetzung steht nun nichts mehr im Wege. (mw)



Gesegnete Weihnachten  
und ein frohes neues Jahr.

## CDU Bergisch Gladbach stellt Bürgerinfo zum Haushalt & Bürgerumfrage vor

Die Mitgliederversammlung des CDU-Stadtverbands am 2. Dezember 2015 stand ganz im Zeichen des städtischen Haushalts. Über 50 Mitglieder waren gekommen, um sich von Bürgermeister Lutz Urbach und den Vertretern von Partei und Fraktion über den Haushalt 2016/17 informieren zu lassen und darüber zu diskutieren.

Parteivorsitzender Thomas Hartmann freute sich, dass trotz des „trockenen Themas“ so viel Interesse besteht. Für die CDU ist Mitglieder- und Bürgerbeteiligung wichtig.

Am selben Tag ist die neue CDU-Bürgerinfo **Bis 2021 brauchen wir die schwarze Null** erschienen, die mit dem Bergischen Handelsblatt an alle 55.000 Haushalte in Bergisch Gladbach verteilt wurde. Die in monatelanger ehrenamtlicher Arbeit entstandene Broschüre informiert über Einnahmen, Ausgaben, freiwillige Leistungen und einen Vergleich der Grund- und Gewerbesteuern in Bergisch Gladbach, dem Kreis und dem Land.

„Wir möchten informieren und zugleich die Meinung der Bürgerinnen und Bürger hören. Zwei der acht Seiten sind eine Umfrage, die anonym an die CDU zurückgesendet oder online ausgefüllt werden kann.“, so Thomas Hartmann. Sein Stellvertreter Dr. Oliver Schillings, der den Abend moderierte, ergänzte: „Das Stimmungsbild soll uns nicht nur kurzfristig bis zur Haushaltsverabschiedung helfen, sondern langfristig für die nächsten Jahre.“

In der Diskussion mit den Mitgliedern machte Bürgermeister Lutz Urbach deutlich, dass der städtische Haushalt einer Zitrone gleicht, die bereits mehrfach ausgequetscht wurde und inzwischen nur noch aus einer

dünnen Haut besteht.

Auch für den Finanzpolitischen Sprecher, Harald Henkel, war klar, dass große Sparrunden bei den Ausgaben nicht mehr möglich sind und ergänzte: „Mehreinnahmen durch mehr Ausweisung von Flächen für Unternehmen muss das politische Ziel sein“.

Fraktionschef Peter Mömkes setzt dazu auch Hoffnung auf die Aufgaben- und Strukturanalyse, die CDU und SPD gemeinsam auf den Weg bringen. Die Verwaltung wird hierzu eine Konzept für eine externe Untersuchung



Die CDU-Bürgerinfo finden Sie im Internet auf [www.cdu.gl/buergerumfrage](http://www.cdu.gl/buergerumfrage) oder bestellen Sie ein Exemplar unter ☎ 02202 9 36 95 70

erarbeiten und der Politik vorlegen. Vielleicht kann hier auch die Gemeindeprüfungsanstalt des Landes helfen, die Bergisch Gladbach in Kürze wieder turnusmäßig prüfen wird.

Deutlich wurde in der Diskussion, dass mehr Aufmerksamkeit der Einnahmenseite gewidmet werden soll. Vor allem eine Erhöhung der Gewerbesteuer durch mehr Flächen und mehr Unternehmen bietet langfristig eine gute Chance für einen ausgeglichenen Haushalt. (lh)



v.l.n.r.: Harald Henkel, Thomas Hartmann, Birgit Bischoff, Dr. Oliver Schillings und Peter Mömkes stellten nicht nur die Bürgerbroschüre vor, sie standen auch für Fragen der Mitglieder zur Verfügung. Foto: Höring

## CDU Wermelskirchen: Vergangenheit kennen, Gegenwart gestalten

Auf Einladung des CDU-Ortsverbandes Wermelskirchen fanden sich interessierte Mitglieder und Bürger zu einer historischen Stadtführung zusammen. Unter dem Motto: „Nur wer die Vergangenheit kennt, kann die Zukunft gestalten“ führte Petra Ammon, Vorsitzende der Interessengemeinschaft „Die Stadtführer“, durch die Innenstadt. Zu der Gruppe gehörte auch der ehemalige Bürgermeister, Heinz Voetmann, der die Führung



Die rege Beteiligung an den Stadtführungen des Ortsverbandes Wermelskirchen freute die Veranstalter. Foto: privat

mit zahlreichen Anekdoten aus seiner Amtszeit anreichern konnte. Als zeitgeschichtliche Fakten wurde über die erste Besiedlung, Kirchen, verschiedene Standorte der (Amts-) Sparkasse oder des Rathauses berichtet. Vieles wurde in den Jahrzehnten umgebaut, abgeris-

sen oder neugestaltet. „Zu einer Stadt gehört immer auch die bauliche Veränderung. Davon lebt jede Stadt“, so Voetmann. Manche historischen Elemente sind aber geblieben und werden heute liebevoll gepflegt und in Veranstaltungen eingebunden. So zum Beispiel der weithin größte Natur-Weihnachtsbaum, der im „äußersten Winkel des Schumacher-Gartens“ gepflanzt wurde. Eingebettet in den Adventsmarkt kann man ihn heute geschmückt



mit umfangreicher Beleuchtung bestaunen. Der Ortsvorsitzende Randolph Schmidt bedankte sich bei den Teilnehmern für das Interesse an der Historie und dankte für das ehrenamtliche Engagement der Stadtführer. (rs)

## FU taucht in die Welt des Tees ein

Unter diesem Motto lud die Frauen Union Leichlingen Mitte November gemeinsam mit dem ortsansässigen Teehändler Christoph Hampel die Leichlinger Frauen und ihre Männer zu einem geselligen Nachmittag ins Geschäft Tee-Rose im Leichlinger Brückfeld ein. Es wurde ein Nachmittag mit einer spannenden Einführung in die Welt der Tees.

Umgeben von zahlreichen Teesorten, konnten die Gäste hautnah erleben, wie die verschiedenen Sorten mit größter Sorgfalt aufgebriht werden und welche besonderen Spezialitäten sich aus ein paar „Blättern“ zaubern

lassen.

Acht verschiedene Tees konnten die zahlreich erschienenen Gäste im Laufe des Nachmittags verkosten. Zu den Tees wurde Kuchen, Baguette und verschiedene hausgemachte Dips aus dem Sortiment von Christoph Hampel gereicht.

Nach einem interessanten Nachmittag mit vielen Eindrücken und neu entdeckten Geschmacksrichtungen wird es an dieser Stelle bestimmt eine Fortsetzung dieser kulinarischen Reise geben! (ngh)



## Denkwerkstätten für Wermelskirchen

Der CDU-Stadtverband Wermelskirchen hat die Einrichtung von fünf Denkwerkstätten beschlossen. Mit der Einrichtung der fünf Gruppen möchten die Wermelskirchener Lokalpolitiker die Parteiarbeit auf eine breitere Basis stellen. Alle Mitglieder erhalten die Möglichkeit, sich in den Denkwerkstätten einzubringen und so die Arbeit des Vorstandes nicht nur auf der Mitgliederversammlung zu bestimmen. Die Ergebnisse der Denkwerkstätten soll der Vorstand umsetzen. Folgende Gruppen wurden gegründet:

1. Kommunikation und Marketing
2. Vorpoltischer Raum
3. Neumitgliederwerbung und Betreuung
4. Zentrale Themen
5. Altersgruppe 40-60

Der Stadtverband möchte den nächsten Schritt in Richtung Mitgliederpartei gehen und dabei bestehende Parteistrukturen und Abläufe professionalisieren. Weiterhin macht der Demografische Wandel auch nicht vor den Parteien halt. So soll vor allem ein besonderer Augenmerk auf die Altersgruppe der 40-60-jährigen gelenkt werden. „Nach dem Eindruck unseres Vorstandes müssen wir uns um diese Zielgruppe effektiver kümmern, um auch langfristig als Volkspartei zu bestehen“, erklärte der Vorsitzende Christian Klicki. (ck)

## Traditionelles Gänseessen

Es gehört zum guten Ton, die Menschen einzuladen, mit denen man gemeinsame Werte vertritt und sich aktiv für politische Inhalte einsetzt. Der CDU-Ortsverband Wermelskirchen lud daher zum alljährlichen Gänseessen ins Hotel zum Schwanen. Als Gäste konnten der Landtagsabgeordnete und Kreisvorsitzende, Rainer Deppe, sowie der Ortsvorsitzende der CDU Dabringhausen, Michael Schneider, begrüßt werden. Zwischen dem Fünf-Gänge-Menü wurden Grußworte gesprochen. Ortsvorsitzender Randolph Schmidt bedankte sich für das Engagement der Mitglieder im Bürgermeisterwahlkampf. An diesem Abend wurde allen gedankt, die sich in die Arbeit der CDU einbringen und maßgeblich zum Erfolg beitragen. „Die Tradition von Sankt Martin wird auch in der CDU gelebt. Wir teilen zwar nicht unseren Mantel. Dafür nehmen wir uns aber neben Beruf und Familie viel Zeit für Bürgeranliegen“. (rs)

## Frauen-Union neu aufgestellt

Auf der diesjährigen Mitgliederversammlung der Frauen Union (FU) der CDU Rösrath standen Vorstandswahlen auf der Agenda. Zur neuen Vorsitzenden der FU wurde einstimmig die bisherige Stellvertreterin Vera Rilke-Haerst gewählt.

Dem neu gewählten Vorstand der Frauen Union gehören nun folgende Personen an: Veronika Rilke-Haerst (Vorsitzende), Marlene Jablonski-Reichelt (stellvertretende Vorsitzende), Maria de Jong-Schiffer (Beisitzerin), Sabine Klüter-Flosbach (Beisitzerin) und Helmi Hütten (koopertes Vorstandsmitglied). Das Gremium hat auf seiner konstituierenden Sitzung seine Arbeit aufgenommen und erste Themenschwerpunkte erörtert. (rh)



v.l.: Helmi Hütten, Marlene Jablonski-Reichelt, Vera Rilke-Haerst, Sabine Klüter-Flosbach und Maria de Jong-Schiffer

## FU backt gemeinsam: Von Kind zu Kind

Das erste Adventswochenende ist in Leichlingen traditionell für das Bratapfelfest reserviert, so auch in diesem Jahr.

Die Frauen Union Leichlingen hat sich als Start ein Projekt der ganz besonderen Art einfallen lassen.

Die FU-Vorsitzende, Janina Ganzer-Hensel, und ihr Team aus dem Vorstand, kündigten schon zu Beginn ihres Bestehens, in der Mitte dieses Jahres an, noch die eine oder andere Veranstaltung auf den Weg zu bringen.

Die Idee war schnell geboren, gemeinsam denen zu helfen, die es momentan am schwersten haben. In Kooperation mit der Katholischen Grundschule Leichlingen und dem Bäckermeister Martin Schneppenheim vom Café Büchel, buken Grundschüler der 4. Klasse gemeinsam mit Flüchtlingskindern aus mehreren Nationen, an einem Montagmorgen Plätzchen und allerlei Leckereien.

Einen ganzen Vormittag verbrachten die Kinder und die Frauen der FU-Leichlingen in der Backstube und zauberten Hunderte von Plätzchen.

Diese wurden dann gemeinsam mit den Kindern auf dem Leichlingen Bratapfelfest verkauft.

Mit Feuereifer waren die Kleinen an beiden Tagen bei der Sache, ihre Backwaren an den Mann und die Frau zu bringen. Denn das Ziel war für alle klar: Der Erlös aus diesem Projekt soll an die Flüchtlingshilfe in Leichlingen gehen!

Am Ende blieb nichts übrig. Mehr als 500 Tüten mit Naschereien wurden verkauft, dazu selbst gemachter Marokkanischer Minztee gegen die durchdringende Kälte.

Ein tolles Projekt von unglaublicher Zustimmung und Unterstützung! (ngh)



## Behnke Königsmann

Wirtschaftsprüfer Steuerberater Rechtsanwälte

Sehr geehrte Leser der CDU Inform,

wir sind eine überregional tätige Sozietät von 7 Berufsträgern (Steuerberater, Rechtsanwälte und Wirtschaftsprüfer). Seit unserer Gründung im Jahre 1945 betreuen wir einen vielschichtigen Mandantenstamm aus Handwerkern, Kaufleuten, Freiberuflern sowie größeren mittelständischen Personen- und Kapitalgesellschaften.

Dabei stehen wir unseren Mandanten neben den regelmäßigen Dienstleistungen, wie Finanz-, Lohn- und Gehaltsbuchhaltung, den jährlich zu erstellenden Steuererklärungen und Jahresabschlüssen sowie der gerichtlichen und außergerichtlichen Rechtsberatung auch bei wichtigen Entscheidungen oder besonderen Beratungsanlässen mit unserem umfassenden Fachwissen zur Verfügung.

Wir würden uns freuen, wenn wir auch Ihnen bei entsprechenden Beratungsanlässen oder für die regelmäßige Bearbeitung auf den oben genannten Gebieten behilflich sein könnten.

**Sie erreichen uns hier:**

Bgm.-Schmidt-Str. 5, 51399 Burscheid  
Tel.: 02174 / 766-0 • Fax: 02174 / 766-115  
E-Mail: office@behnke-koenigsmann.de

Homepage: [www.behnke-koenigsmann.de](http://www.behnke-koenigsmann.de)

## Rollen spielen hier die Haupt-Rolle

### MIT Rhein-Berg besichtigte Förderrollenproduktion bei der Interroll Engineering GmbH in Wermelskirchen

Diese Zahl sorgte bei den Mitgliedern des Besuchstermins für Erstaunen: nicht mal 80 Sekunden dauert es, bis die Maschine umgerüstet ist, um eine andere Variante der 60.000 verschiedenen Rollen zu fertigen. Musste man früher mit mehreren Tagen rechnen, bis die Bestellung gefertigt und auf dem Weg war, wird heute nur Stunden später gefertigt. Dies erläuterte Geschäftsführer Armin Lindholm den interessierten Gästen der Mittelstandsvereinigung (MIT) bei einem Rundgang durch das Unternehmen.

Angetriebene und nicht angetriebene Förderrollen sowie 24-V-Antriebe von Interroll sind die erste Wahl für den Behälter- und Palettentransport in den Verteilzentren von Post- und Kurierdiensten, Versandunternehmen oder Produktionsbetrieben. Aber auch in anderen Branchen wie dem Supermarkt- und E-Commerce-Sektor. Kein Wunder also, dass inzwischen 6 von 10 Supermarktkassen mit Interroll-Technologie ausgestattet sind. Auch bei der Flughafensicherheit und bei Trommelmotoren spielt die Interroll heute eine unverzichtbare „Rolle“ (im wahrsten Sinne des Wortes).

Heute ist der Hauptsitz von Interroll in der Schweiz. Das 2000 Mitarbeiter starke Unternehmen entstand vor 55 Jahren in einer Garage in Wermelskirchen: 1959 kauften Dieter Specht und Hans vom Stein eine Spritzgussmaschine und fingen mit der Produktion der

Kunststoffrollen an.

Dieses Jahr werden in Wermelskirchen knapp 8 Millionen Rollen gefertigt, so viel wie nie zuvor, erfuhr die Unternehmergruppe im Konferenzsaal des Unternehmens. Das Kompetenzzentrum hat seine Aufbau und Ablauforganisation auf Null-Fehler-Strategie ausgerichtet und führt regelmäßig interne und externe Qualitätsaudits und Qualitätszirkel durch. Die Reklamationsquote liegt, laut Geschäftsführer Lindholm, bei 0,04 Prozent.

Beim anschließenden Rundgang durch die Produktionshallen sahen die Mitglieder der Mittelstandsvereinigung Rheinisch-Bergischer Kreis mehrere „Litfaßsäulen“. Auf diesen gab's Informationen und Verbesserungsvorschläge für Abläufe in jeweiliger Fertigungslinie. Kaizen soll die Produktivität erhöhen, kürzere Rüstzeiten bewirken, Maschinen-Ausfallzeiten verringern und die Qualität verbessern - ist aber eine Aufgabe, die kontinuierlich verfolgt werden muss. Schön auch die Idee, den Lebensmittelautomaten nicht mit Süßigkeiten, sondern mit kleinen Schrauben auszurüsten - so dass man immer schnell die richtige holen kann.

„Ich bin so beeindruckt, dass ich einmal aufstehen muss, um mich vor Ihnen zu verbeugen!“, sagte anschließend das Mitglied Friedrich-Wilhelm Morgner. Die MIT-Kreisvorsitzende Doro Dietsch und die weiteren MIT-Gäste schlossen sich ihm lachend an. (dd)



Mit „Kaizen“ zu Exzellenz und Effizienz: Geschäftsführer Armin Lindholm (Mitte) mit der MIT Rhein-Berg

## Verböserungsverbot

### MIT zu Gast im Finanzgericht

Das einzige Gebäude in Köln ohne Hausnummer besuchte die Mittelstandsvereinigung Rheinisch-Bergischer Kreis: den Appellhof. Der hat nichts mit Militär zu tun, sondern war stets eine Berufungsinstanz. Der Appellationsgerichtshof wurde 1824 auf dem höchsten Punkt der Stadt Köln errichtet, 1884 vollständig abgerissen und im Stil der Renaissance neu gebaut. Nach Erweiterung, Umbau und Restaurierung in den 1980er



Foto: Valerie Röhrig

und 1990er Jahren beeindruckt das dem Land Nordrhein-Westfalen gehörende Gebäude heute mit einer Mischung aus Alt und Neu: historische Vorführzellen und moderne Aufzüge, eine repräsentative Eingangshalle mit Natursteinboden und Gerichtssäle mit großen Flachbildschirmen, Fenster in Rundbögen und raffinierte Lichttechnik...

49 hauptamtlichen Richter/innen sowie 370 ehrenamtliche Richter/innen arbeiten hier. „Behörden erlassen Steuerbescheide, dagegen kann man sich wehren. Nur Steuerstrafverfahren, die machen wir nicht. Herr Hoeneß musste sich also vor einem ganz normalen Strafgericht verantworten“, erläuterte der Hausherr, Präsident Benno Scharpenberg. Klage kann man einreichen beim Finanzgericht in Steuersachen, beim Kindergeld und Steuerberater-Prüfungssachen. Die durchschnittliche Verfahrensdauer beträgt 19 Monate, die Erfolgsquote 45 %. Dabei geht man kein Risiko ein, denn beim Finanzgericht kann es nicht schlimmer werden als vorher. „Wir sind in jedem Fall die Guten“, so Scharpenberg. „Wir haben ein Verböserungsverbot.“ Es gebe auch keine Bagatellgrenze.

Besonders beeindruckte die Mitglieder, wie hochmodern die Finanzgerichtsbarkeit den Rechtsverkehr handhabt: der Papierberg ist um 80 % geschmolzen, zum Beispiel weil direkt in den Laptop diktiert wird und das Faxgerät die Eingänge als Datei speichert.

Ein wenig schlauer als zuvor verließen die Gäste den Appellhof, um trotz Regen und Sturm noch eine Runde über den Kölner Weihnachtsmarkt zu drehen. (dd)

## Axel Becker bei der Senioren-Union

**G**astredner bei der Bergisch Gladbacher Senioren-Union im November war Pfarrer Axel Becker, Mitinitiator und Vorsitzender der Städtepartnerschaft zwischen Bergisch Gladbach und der palästinensischen Stadt Beit Jala. „Menschwürde ist nicht verhandelbar“ - dieses Motto steht über seinem gesamten Lebenswerk. Das Leben von Dietrich Bonhöfer prägte sein Studium der evangelischen Theologie. Die Ökumene führt die Religionen zusammen, die Kirche trägt eine große Verantwortung auf der Welt, Gerechtigkeit, Frieden und dessen Erhaltung zu fördern. Dazu zählen zahlreiche Aufgaben wie Schaffung von Arbeitsplätzen, gerechtes Wohnen und soziale Aufgaben.

Er war zunächst in Bergisch Gladbach als Pfarrer tätig. Am 11.11.1970 verließ er Deutschland, um sich sozialen Fragen Chiles zu widmen. Er erlebte die diktatorische Willkür während der Regierungszeit General Pinochets, kehrte am Rosenmontag 1981 zurück nach Köln. Dort übernahm er den Vorsitz im evangelischen Kirchenverband Rheinland und arbeitete im Sozialwerk, das sich gesellschaftlichen Problemen widmete.

Eine schwere Erkrankung zwang ihn schließlich in den vorzeitigen Ruhestand. Pfarrer Becker suchte neue Aufgaben. Er entschied sich, eine Partnerschaft mit einer Stadt in Palästina aufzubauen. Ab 2003 fuhr er regelmäßig nach Beit Jala und schuf Kontakte zu Bergisch Gladbach. Unterstützung fand er bei der damaligen Bürgermeisterin, Frau Opladen. Eine enge Zusammenarbeit folgte und schließlich reifte der Entschluss, neben der Städtepartnerschaft Köln-Tel Aviv in Israel eine Städtepartnerschaft Bergisch Gladbach-Beit Jala ins Leben zu rufen. Im Jahre 2010 beschloss der Rat der Stadt Bergisch Gladbach die Partnerschaft. Pfarrer Becker wies auf die vielfältigen Nachteile Palästinas gegenüber Israel hin. Wasserknappheit, keinen Zugang zu einem Hafen, keinen eigenen Flughafen, Trennung zu Israel mit einer 8 Meter hohen Mauer, schier unüberbrückbare wirtschaftliche Nöte. (wl)



v.l.n.r.: Manfred Scheibel, Axel Becker, Josef Mohr

## EAK: Schloss-Burger.-Gespräch und Mitgliederversammlung mit Wahlen

**A**m 22.09.2015 fand die Mitgliederversammlung des Bezirksverbandes des Evangelischen Arbeitskreises Bergisches Land mit Wahlen in Burg an der Wupper statt.

Margarete Iversen (Rheinisch Bergischer Kreis) wurde erneut mit großer Mehrheit als Vorsitzende bestätigt. Ihre Stellvertreter sind Uwe Schabla (Remscheid), Adrian Winter (Mettmann) und Jürgen Lücker (Rheinisch Bergischer Kreis), Schriftführer: Udo Neblung



Margarete Iversen aus dem Rheinisch-Bergischen Kreis und Uwe Schabla aus Remscheid (Foto: privat)

(Mettmann), Beisitzer: Erika Acker (Remscheid), Birgit Fort (Rheinisch Bergischer Kreis), Hans Georg Malitz (Mettmann), Wolfgang Müller (Solingen).

Im Anschluss hat die Mitgliederversammlung fand das mittlerweile traditionelle „Schloss-Burger-Gespräch“ statt.

Frau Iversen hatte dazu den Präses der Rheinischen Landeskirche, Pfarrer Rekowski gewinnen können, dessen Kernaussage war: „Die evangelische Kirche ist spirituell und politisch, aber nicht parteipolitisch.“

Präses Rekowski skizzierte die veränderten Bedingungen der evangelischen Kirche in einer multi-religiösen Gesellschaft, deren Mitglieder nicht alle die religiösen Auffassungen teilen. Die evangelische Kirche müsse sichtbarer und entschiedener auftreten. Die reformierte Kirche braucht Mut um nicht nur den Besitzstand zu wahren. Zugleich betonte Präses Rekowski auch die Aktualität von Luthers Aussagen, die auch heute noch aktuell sind.

Die evangelische Kirche soll sich in politische Themen einmischen. An erster Stelle steht dabei die Flüchtlingsfrage. Fluchtursachen müssen dringend bekämpft werden, auch schon deshalb, damit unser Gemeinwesen nicht überfordert wird.

Die Langzeitarbeitslosigkeit ist ebenso ein Problem, das die Kirche angeht, so Präses Rekowski.

In der Familienpolitik prangerte er den Pflegenotstand an und mahnte, dass alle Menschen, die in der Pflege zu Hause oder in den Seniorenzentren arbeiten, sehr kranke Menschen oder Sterbende im Hospiz- oder Palliativbereich begleiten und versorgen, unseren größten Respekt verdienen, was leider nicht der Fall ist.

Seinen Vortrag schloss er mit den Worten: „Wer auf der Basis des Christentums steht, ist

immer auch zugleich politisch, weil daraus die Konsequenzen unseres Lebens erwachsen“.

Das Referat von Präses Rekowski war sehr interessant, ansprechend und informativ.

Eine rege Diskussion bildete den Abschluss einer sehr gelungenen Veranstaltung. (bf)



Präses der Rheinischen Landeskirche, Pfarrer Rekowski

# CDU gratuliert Jubilaren im Rheinisch-Bergischen Kreis

Gründungsmitglied Hans Heider seit 70 Jahren Christdemokrat

Insgesamt 167 Mitglieder der CDU im Rheinisch-Bergischen Kreis feiern in diesem Jahr ein Parteijubiläum. Im Rahmen der traditionellen Jubilarehrung der Kreispartei dankten der Festredner, der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jürgen Hardt MdB, sowie der Kreisvorsitzende Rainer Deppe für 70-, 65-, 60-, 50-, 40- und 25-jährige Treue zur CDU.

Allen voran wurde Hans Heider aus Bergisch Gladbach für ungläubliche 70 Jahre Mitgliedschaft in der CDU geehrt. Das Gründungsmitglied stand bereits im Juni dieses Jahres neben Bundeskanzlerin Angela Merkel beim Festakt der Bundes-CDU auf der Bühne und

wurde nun auch vom Kreisverband geehrt. Für 65-jährige Mitgliedschaft wurde Werner Pütz aus Overath ausgezeichnet. 60 Jahre ist auch Heinrich Stieffenhofer aus Bergisch Gladbach dabei. In Anwesenheit des Europaabgeordneten Herbert Reul, des Landtagsabgeordneten Holger Müller, der Bürgermeisters Lutz Urbach und Marcus Mombauer, des stellvertretenden Landrats Uli Heimann sowie des Ehrenvorsitzenden der Kreispartei, Franz Heinrich Krey, widmete sich Festredner Hardt den aktuellen außenpolitischen Bedrohungen in Zeiten des islamistischen Terrors sowie den Herausforderungen der Flüchtlingskrise, die strikt voneinander zu trennen seien. ■

**Wir danken für 70 Jahre Mitgliedschaft:**

Hans Heider

**Wir danken für 60 Jahre Mitgliedschaft:**

Heinrich G. Stieffenhofer

**Wir danken für 50 Jahre Mitgliedschaft:**

Michael Benden, Günther Brochhaus, Klemens Broich, Peter Josef Büscher, Hans Dahlheuser, Otto Fell, Wolfgang Gerlach, Inge Gißler, Hans Gotthardt, Gottfried Hinnenthal, Manfred Katerndahl, Norbert Kox, Willi Kramm, Manfred Köhl, Hermann Liebong, Dr. Norbert Majer, Dr. Egon Philipp, Hans Reininger, Heinz Richarz, Hansgeorg Schreiber, Klaus-Jürgen Schweinhaupt, Werner Tönnies, Karl Weyer

**Wir danken für 40 Jahre Mitgliedschaft:**

Josef Alfens, Werner Allendorf, Hermann Josef Arnold, Eberhard Bartel, Hans-Peter Bergner, Ursula Beule, Else Bosbach, Alfred Bosbach, Friedel Bosbach, Rainer Braun, Werner Breidohr, Peter Breidohr, Wolfgang Buhrow, Ulrich Buran, Alexandra Christ, Bettina Deppe, Hans Deutz, Reinhard Dicken, Günter Dreyer, Karl-Heinz Drost, Manfred Drotschmann, Edith Elsner, Manfred Freund, Wulf Gewert, Klaus Glasner, Karl-Heinz Goller, Bert Granderath, Ursula Gutmann, Prof. Dr. Dr. Gernot Gutmann, Eva-Maria Haase, Helga Happel, Max Hedtheuer, Heinrich Heider, Paul Hellmann, Lore Henke, Karin Hermanns, Wilfried Hermanns, Gerhard Hess, Josef Hans, Peter Hey, Wilhelmine Hütten, Rudolf Inderwisch, Annemarie Irlenbusch, Guido Jansen, Irene Kaspers, Reiner A. Keller, Siegfried Kellner, Peter Kerp, Hans-Peter Kierdorf, Hedy Kirch, Doris Kombüchen, Heinz Kötter, Wolfgang Krall, Hans-Jürgen Krause, Inge Krey, Alice Krudewig, Hildegard Labenz, Witold Labenz, Ernst Landgrebe, Hans-Joachim Lang, Ute Lautz, Ute Linden, Manfred Lorenz, Klaus Lüke, Christa Matuschka-Greifenclo, Johannes Maubach, Udo Molsberger, Ruth Müller, Eberhard Johannes Müller, Adolf Neu, Willi Alfred Neuenhaus, Hans Nick, Michael Niesen, Friedhelm Nouvertné, Marita Odenthal, Dr. Gustav Niels Öffenberg, Alois Palmer, Richard Pille, Willi Potthoff, Manfred Prinz, Ulrich Pütz, Klaus Rehbach, Heinz Georg Reuber, Rolf Rose, Wolfgang Ruppert, Renate Schiffmann, Hans-Willi Schiffmann, Klaus Schmellekamp, Udo Schmitz, Hedwig Schmitz, Reiner Schmitz, Josef Schmitz, Ferdinand Schönenborn, Harry Schülgen, Paul Schulte, Werner Selbach, Johannes Sengpiel, Lore Siebel, Johannes Spicher, Hermann Starke, Winfried Steingass, Ingrid Sterz, Günter Stienen, Herbert Strobel, Christel Sturmberg, Richard Sturmberg, Edith Szyperski, Martha Uiterwyk, Angelika Vanderschot, Hannelore vom Feld, Dr. Peter Weber, Herbert Wester, Wilfried Wirth, Alfred Wresch, Joachim Zähl, Maria Zeilmann, Carola Zeisner

**Wir danken für 25 Jahre Mitgliedschaft:**

Michael Berger, Günter Beutler, Alexandra Börner, Andreas Borsbach, Albert Brodowski, Wolfgang Brömme, Uwe Bruchhausen, Dr. Christoph Butz, Heinz-Günter Gerighausen, Martin Handloser, Josef Hemker, Klaus-Dieter Jacobs, Andrea Kowalewski-Brüwer, Albert Laumann, Heinz Lefers, Renate Neufeind, Hans Peter Nolden, Josef Rausch, Frank Röbbke, Marion Rühl, Michael Schu, Paul Selbach, Hans Willems, Dr. Josef Wissing, André Wozenilek



Werner Pütz (Mi.), Hans Heider (3.v.r.), Heinrich Stieffenhofer (2.v.r)



Jubilare aus Rösrath



Jubilare aus Wermelskirchen



Jubilare aus Odenthal



Jubilare aus Kürten



Jubilare aus Burscheid, Leichlingen und Odenthal



Kreisvorsitzender Rainer Deppe MdL dankt dem Festredner des Abends, Jürgen Hardt, mit einem bergischen Präsentkorb



Kreuzfahrten



Flugreisen



Mehrtagesreisen



Tagesfahrten



Fordern Sie unseren Reisekatalog  
an: ☎ (0 22 02) 9 36 95 20

## Mallorca

**10.-17.02.2016**

8-tägige Wanderreise  
ab/bis Köln mit Wein-  
probe, Gepäckservice

ab **999 €**

## Madeira

**03.-10.03.2016**

8-tägige Flugreise  
ab/bis Düsseldorf mit  
Führungen und Ausflügen

ab **1.298 €**

## Karlsbad

**19.03-02.04.2016**

15-tägige Wellness- und  
Kurreise mit vielen Kur-an-  
wendungen

ab **935 €**

## Classic Courier

**19.-25.05.2016**

8-tägige Bahnreise  
mit dem Sonderzug  
und div. Ausflügen

ab **995 €**

**CDU** STUDIEN-  
UND BEGEGNUNGS-  
**REISEN**

[www.cdureisen.de](http://www.cdureisen.de)

Am Stadion 18-24  
51465 Bergisch Gladbach  
Telefon: (0 22 02) 9 36 95 20  
Telefax: (0 22 02) 9 36 95 21  
E-Mail: [info@cdureisen.de](mailto:info@cdureisen.de)

